

# Der Grundstein

## Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 % für die dreispaltige Pettzeile oder deren Raum berechnet.

### Unser Jahrbuch 1911.

I.

Einen vollen Monat früher als in den Vorjahren ist diesmal das Jahrbuch des Verbandes erschienen, in dem unsere Kollegen den Bericht über die Tätigkeit des Verbandes, sein Wachstum und Gelingen, seine Kämpfe und Erfolge im ersten Jahre seines Bestehens finden werden. Im allgemeinen ist die Anordnung des Stoffes die gleiche geblieben wie in den früheren Jahrbüchern des Bauarbeiterverbandes. Dem aufmerksamen Leser wird aber nicht entgehen, daß die Art der Darstellung, sowohl in Einzelheiten wie in der Gesamtheit, wesentlich klarer und abgerundeter geworden ist als früher. Das ungeheure Zahlenmaterial, das in den letzten Jahren infolge Mangels an Zeit zum Teil nicht in wünschenswertem Maße durchgearbeitet werden konnte, ist in diesem Jahrbuch, soweit dies möglich war, gewissermaßen belebt und seiner mathematischen Starrheit entkleidet worden. Ein besonderer Vorzug des Jahrbuches ist, daß es diesmal von einer Hand redigiert werden konnte, während es früher, eben infolge Mangels an Zeit, von mehreren Personen so nebenbei gemacht werden mußte. Dadurch ist diesmal Einheitlichkeit und eine gewisse organische Gliederung ins Jahrbuch hineingekommen. Tabellen sind im Text, soweit es anging, vermieden worden, und wo sie sich nicht vermeiden ließen, sind sie klar und durchsichtig aufgebaut, wodurch den Kollegen das Lesen und das Studium des Buches wesentlich erleichtert wird.

Das Jahr 1911, so wird in dem Kapitel „Allgemeines“ gesagt, bedeutete für den Deutschen Bauarbeiterverband ein Jahr ruhiger Entwicklung. „Der Kampf im Jahre 1910 hatte für die überwiegende Mehrheit der Organisationsmitglieder die Lohn- und Arbeitsbedingungen geregelt, und auch die letzten der damit verbundenen Schwierigkeiten waren inzwischen überwunden. Die Verschmelzung war wohl hier und da von einigen Reibungen begleitet, aber im großen ganzen vollzog sich auch dieser wichtige Vorgang — eben bis auf die wenigen einfach unvermeidlichen Reibungen — in glücklicher Ordnung und nach dem vorgesteckten Plane. Als das Neujahr begann, war die neue Organisation so fest und intakt, als hätte sie schon Jahre hindurch bestanden.“ Das ist eine Tatsache, über die sich auch die Kollegen freuen werden, die der Verschmelzung ablehnend gegenüberstanden.

Es folgt dann die zahlenmäßige Darstellung des Fortschritts, der seinen Ausdruck in der Steigerung der Mitgliederzahl von 241 848 auf über 310 000 findet. Als Grundlage dieser Mitgliedersteigerung wird der günstige Ausgang der Lohnbewegung im Jahre 1910, der angesetzte Agitationstrieb infolge der Verschmelzung und die günstige Konjunktur bezeichnet, die zwar noch keine Hochkonjunktur, aber doch eine gute Mittelkonjunktur gewesen sei. Erwähnt wird ferner das große Interesse, das unsere Kollegen an der Vorbereitung der Reichstagswahl genommen haben. Die kurzen Ausführungen hierzu haben gewissermaßen programmatische Bedeutung und bilden eine Ergänzung zu den Artikeln über unsere Grundzüge in den letzten Nummern, weshalb wir sie hier allen Kollegen zugänglich machen wollen. Das Jahrbuch sagt darüber:

„Die Steuerpolitik des Schwarz-Blauen Blocks hatte so wichtige Arbeiterinteressen geschädigt, daß weite Kreise, die sich sonst kaum um die politischen Vorgänge zu kümmern pflegten, der Entscheidung mit Ungeduld entgegenharrten. Ist es den Gewerkschaften auch verlag, in diese Kämpfe aktiv einzugreifen, so muß es ihnen aber stets erlaubt sein, ihre Mitglieder über die politischen Fragen aufzuklären und ihnen die Wege zu weisen, die zu gehen das Arbeiterinteresse erfordert.“ Leider sind einige Vereine über die Grenzen, die uns dabei durch die Gesetzgebung gezogen sind, hinausgegangen, indem sie aus ihren Sozialisten Gelder für den Wahlkampf hergaben. Das hat in einigen Fällen die unangenehme Folge gehabt, daß die Polizeibehörde von ihnen die Erfüllung der wichtigsten politischen Vereine verlangte und Strafen anordnete, als sich die Vereine dessen weigerten. Die dann angerufenen

Entscheidungen der Gerichte ist zuungunsten der Vereine ausgefallen, doch ist der Instanzenweg noch nicht erschöpft. Es scheint, als stecke hinter diesem Vorgehen die nicht gerade ehrliche Absicht, das Reichvereinsgesetz in einem von dem Gesetzgeber nicht gemollten Sinne auf die Gewerkschaften anzuwenden. Die Strafkammer des Landgerichts Schneidemühl hat den Zweigverein Pölsche sogar mit der Begründung für politisch erklärt, daß der ganze Deutsche Bauarbeiterverband politisch sei. Eine solche sinnwidrige, reaktionäre Anwendung des Reichvereinsgesetzes sieht dem herrschenden Kurse nicht unähnlich. Aber unsere Organisationen werden sich ihr Recht erkämpfen. Wir sind schon mit lästigeren und gefährlicheren Fußangeln fertig geworden und werden uns auch dieser erwehren. Allerdings müssen auch die Zweigvereine darauf sehen, daß sie den herrschenden Gewalten die Arbeit nicht allzu leicht machen. Die ganz unnötigen Uebergriffe auf das politische Gebiet müssen unterbleiben; unsere Organisation hat auf ihrem Tätigkeitsfeld Arbeit genug. Vor allem ist die Bewilligung von Geldern für politische Zwecke zu verurteilen, und zwar nicht nur wegen der behördlichen Schikanen, die daraus erwachsen, sondern auch, weil damit den nichtsozialdemokratischen Mitgliedern des Verbandes Veranlassung zu nicht unberechtigten Beschwerden gegeben wird.“

Dann wird die Krankheit unseres Kollegen Bömelburg erwähnt, die den sonst so arbeitsfertigen Kämpfer fast das ganze Jahr von der Arbeit fernhielt. — Im zweiten Kapitel wird die Wirtschaftslage im Jahre 1911 ausführlich behandelt, und daran anschließend werden die Berichte über die Bautätigkeit in den einzelnen Gauen gegeben. Wir können von diesem Kapitel hier nichts veröffentlichten, sondern müssen unsere wissenschaftlichen Kollegen auf das Studium des Jahrbuches selbst verweisen.

Beim Kapitel Bauarbeiterbeschäftigung kann diesmal wenigstens gemeldet werden, daß eine Steigerung der Unfälle im Jahre 1910 — die Zahlen für 1911 liegen noch nicht vor — nicht stattgefunden hat. Nur bei vier Berufsgenossenschaften: der Hannoverischen, Thüringischen, Rheinisch-Westfälischen und Württembergischen, hat sich die Zahl der Unfälle erhöht; bei den übrigen acht Berufsgenossenschaften ist die Zahl der Unfälle 1910 zurückgegangen. Es wäre aber unseres Erachtens völlig verfehlt, wollte man daraus auf eine nicht unbeträchtliche Besserung des Bauarbeiterbeschäftigten schließen; denn die Abnahme der Unfallziffern dürfte seinen Grund fast ausschließlich in der neundmöglichen Ausperrung und der damit verbundenen teilweisen Arbeitsruhe im Baugewerbe haben. Die Zahlen von 1911 dürften das bald beweisen. Die Klagen über den mangelnden Bauarbeiterbeschäftigung in den einzelnen Gauen sind denn auch fast durchweg die alten geblieben. Es wird der größten Aufmerksamkeit unserer Zweigvereine und der einzelnen Kollegen bedürfen, um auch auf diesem Gebiet endlich eine fühlbare Besserung herbeizuführen. Insbesondere werden wir den Behörden immer und immer wieder unsern Wunsch: Anstellung von Baukontrolleuren aus dem Arbeiterstande, in die Ohren schreien müssen. Auch wird die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission oder unsere Organisation zu erwägen haben, ob das Interesse für den Bauarbeiterbeschäftigung bei den Massen der Bauarbeiter nicht durch die Veranstaltung von Lichtbildervorträgen und Vergleichen geweckt werden kann, damit endlich der unerhörten Verwüstung der Arbeitskraft, der Vernichtung von Leben und Gesundheit der Bauarbeiter Einhalt getan wird.

### Uebersvölkerung und Untervölkerung.

Eine zeitgemäße Frage.

I.

Wie sich doch die Zeiten ändern und in ihnen die Menschen! Es ist noch nicht lange her, daß man das Schreckgespenst der Uebersvölkerung an die Wand malte und die Befürchtung aussprach, die Menschheit werde sich so schnell und stark vermehren, daß die Erde bald keinen Platz mehr

biete für die zunehmende Bevölkerung und daß die Menschen genötigt seien, sich gegenseitig die Ohren vom Kopfe zu fressen. Und zur Abhilfe dieses Uebelstandes empfahl man allerlei Mittel, um die Bevölkerungszunahme einzuschränken, wobei besonders die Beschränkung der Geburten eine wichtige Rolle spielte. „Es dürfen nicht mehr so viele Kinder in die Welt gesetzt werden!“ wurde als die Parole ausgegeben, die der Welt das Heil bringen sollte. Heute liegt die Sache gerade umgekehrt. Die Statistik der letzten Jahrzehnte hat den Nachweis erbracht, daß von einer Uebersvölkerung nicht mehr die Rede sein kann und daß der Rückgang der Geburten immer deutlicher zutage tritt. In Frankreich, Dänemark und besonders auch in Deutschland, nehmen die Geburten ganz rapide ab, und wenn nicht gleichzeitig — und zum Glück — auch der Prozentsatz der Sterbefälle bedeutend abgenommen hätte, so würde die Bevölkerungsziffer absolut und relativ zurückgehen. Vor kurzem hat die preussische Regierung Erhebungen und Untersuchungen angeordnet, um die Ursachen des Geburtenrückganges festzustellen. Offenbar schwebt ihr dabei die Absicht vor, Mittel und Wege zu finden, um die Zahl der Geburten zu steigern. „Es müssen mehr Kinder in die Welt gesetzt werden!“ lautet heute die Parole, die eine Gesundung unserer Gesellschaft herbeiführen soll. Da dürfte es denn wohl angebracht erscheinen, diese hochwichtige, aber auch schwierige Frage einmal gründlich zu behandeln. Die Behandlung dieser Frage wird um so mehr Interesse bieten, da sie auch solche Punkte berührt, die für das Wohl und Wehe der proletarischen Unterschichten von Bedeutung sind.

Im allgemeinen wird die Furcht vor einer Uebersvölkerung auf die Theorie des Engländers Robert Malthus zurückgeführt, der zu Anfang des vorigen Jahrhunderts die Behauptung aufstellte, daß die Menschheit die Tendenz habe, sich über ihre Ernährungsmöglichkeit hinaus zu vermehren. Die Bevölkerung wachse nämlich in geometrischer Progression (1, 2, 4, 8, 16...), während die Unterhaltsmittel nur in arithmetischer Progression (1, 2, 3, 4, 5...) zunähmen. Hierdurch werde das Verhältnis zwischen der Zahl der Menschen und dem Quantum ihrer Unterhaltsmittel immer größer, was er durch folgendes Schema verdeutlichte:

Zahl der Menschen: 1..... 2..... 4..... 8.....  
Quantum der Unterhaltsmittel: 1..... 2..... 3..... 4.....

Darauf würde schon im vierten Zeitalter die Erde nur für die Hälfte der Menschen ausreichend Unterhalt bieten. Zum Glück für die Menschheit, sagt Malthus, sorgt aber die Natur für die Beschränkung der überzähligen Menschen; sie wendet ein grausames, aber wirksames Mittel an: Hunger, Not, Elend, Kriege, Seuchen usw., um alle die Uebersflüssigen hinwegzuräumen, für die an der Tafel des Lebens kein Rubel aufgedeckt worden ist. Wenn der Sozialismus, so folgert Malthus, dieses grausame Mittel beseitigen will, indem er das Elend in all seiner Erscheinungsform aus der Welt zu schaffen sucht, so wird in kurzer Zeit eine derartige Uebersvölkerung eintreten, daß der Kampf ums Dasein — um die Futterkrippe und den Weideplatz — geradezu haarsträubende Formen annehmen wird. Folglich ist der Sozialismus auf die Dauer nicht zu verwirklichen, da er das menschliche Zusammenleben nicht nur nicht bessert, sondern sogar vollständig unmöglich machen würde.

Diese Theorie hang natürlich wie Mist in den Ehren der Ausbeuter. Sie bewies unüberleglich, so frohdäme man, daß der Sozialismus für immer ein schöner Traum bleiben werde, und sie bewies auch, so fügte man mit einem sentimentalen Augenaufschlag hinzu, daß das Massenelend nicht aus der Welt geschafft werden könne und dürfe. Das Elend sei eine unabwendbare Notwendigkeit und mit dem Reichthum der Obergeschichten unentzerrbar verbunden, es sei die Rehrseite der Medaille, und man könne es wohl beklagen, aber man könne es nicht beseitigen. Daß eine solche Theorie, die der Natur oder, wenn man will, dem lieben Herrgott einen

Zustand der Dinge zuschreibt, der in Wirklichkeit aus den schlechten Einrichtungen der Menschen entspringt, von den Freunden der zum Glück verdamnten Volkschichten bekämpft wurde, ist ganz erklärlich. Nützlich vielen andern spricht sich besonders der amerikanische Sozialist Henry George dagegen aus. Er nennt die Malthusische Lehre eine Lehre, die mit der Denkweise der rücksichtlosen Bevölkerung, die in dem Massenelend eine Fügung des Schicksals oder eine Schickung Gottes erblickt, übereinstimmt und dadurch indirekt die Habgier und Hartzigkeit der Besitzenden rechtfertigt: „Sie liefert eine Philosophie, mit der der schwebende Reiche das Bild des vor seiner Tür vor Hunger hinstinkenden Lazarus sich fernhält, bei der der Reichthum, wenn die Armut um ein Almosen bittet, mit gutem Gewissen die Tische zuzufressen kann und bei der der reiche Christ sich Sonntags in seinem schön gepolsterten Kirchenstuhl beugt, um die Gaben des Alibaters zu erbitten, ohne irgendein Gefühl der Verantwortlichkeit für das schreckliche Elend, das in der nächsten Straße brüllt.“ Und was die Nichtigkeit der Theorie des Malthus anbelangt, so behauptet derselbe Gedanke, daß sie durch feinere Erfolgestatistiken bewiesen werde, daß aber manche Thesen nie erwägen. Die Saltofortität der Malthusischen Beweisführung verspottet er durch folgende Worte: „Die Annahme, daß die Bevölkerung in geometrischer und das Quantum der Unterhaltsmittel in arithmetischer Progression wachse, hat genau soviel wissenschaftlichen Wert, als wenn man aus dem Umfande, daß einem jungen Hund der Schwanz doppelt so lang werde, während er gleichzeitig soviel Pfund an Gewicht zunahm, eine geometrische Progression des Schwanzes und eine arithmetische Progression des Gewichtes herleiten wollte. Und die Folgerung aus dieser Annahme ist just von der Art, wie wenn man durch die Verknüpfung dieser beiden Verhältnisse zu der Behauptung gelangen würde, daß, wenn der Hund ein Gewicht von fünfzig Pfund erreicht habe, sein Schwanz über eine Meile lang sein werde.“ Und er fragt mit Recht, ob es nicht eine Gottlosigkeit sei, weit schlimmer als der Atheismus, die Naturgesetze für das Massenelend verantwortlich zu machen?

Was nun die Malthusische Bevölkerungstheorie selbst anbelangt, so haben schon im vorigen Jahrhundert Nationalökonomien die Ansicht ausgesprochen, daß die Vermehrungsfähigkeit der Menschen unter Umständen zu einer Ueberbevölkerung führen könne, aber sie haben hierin niemals einen Grund gegen die Durchführbarkeit des Sozialismus erblickt. Im Gegenteil haben sie den Sozialismus gerade deshalb empfohlen, weil er die Volksvermehrung fördere. Erst allmählich trat ein Umkehrpunkt in der Auffassung ein und Robert Wallace war der erste, der im Jahre 1758 in einer Schrift die Furcht vor den schädlichen Folgen einer allzu starken Volksvermehrung geäußert hat. Er meint, daß mit der wachsenden Bevölkerungszahl allerdings auch die Leitmachtigkeit der Menschen und die Produktivkraft der menschlichen Arbeit wachse, aber schließlich werde doch der verfügbare Raum der Erde für die Menschen zu klein werden. Und dieser Zeitpunkt werde um so eher eintreten, je besser die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen seien. Sein Nachfolger, William Godwin, sucht in einer Schrift vom Jahre 1793 diese Behauptung zu widerlegen, indem er meint, es würden noch Tausende von Jahren vergehen, ehe die Erde ganz mit Menschen bedeckt sein werde, und bis dahin würden die Menschen so weit emporsteigen, daß das Geschlechtsleben nach vernünftigen Grundrissen geregelt werde. Ein anderer Bevölkerungstheoretiker, William Thompson, hält in einer im Jahre 1824 erschienenen Schrift die Ueberbevölkerung nicht für ausgeschlossen, meint aber, es sei eine wichtige Aufgabe vernünftiger Sozialreformer, durch geeignete Maßregeln einer übermäßigen Volksvermehrung vorzubeugen. Er selbst schlägt als wichtiges Mittel die Abschaffung der Ehe und ihre Ersetzung durch den freien Verkehr der Geschlechter vor, wodurch ein Geburtenrückgang ganz von selbst eintreten werde.

Vor und nach Malthus hat die Bevölkerungsfrage in der Volkswirtschaft eine wichtige Rolle gespielt. Besonders die modernen Sozialisten haben sich damit beschäftigt, und auch Marx hat das Thema behandelt. Er behauptet, daß jede Wirtschaftsperiode ihr eigenes Bevölkerungsgesetz habe und daß in der kapitalistischen Produktionsweise eine relative Ueberbevölkerung entstehe, insofern immer mehr Arbeiter auf den Markt geworfen würden, als gebraucht werden könnten. Die Folge davon sei eine Ueberfüllung des Arbeitsmarktes und eine dauernde Massenarbeitslosigkeit. Inzwischen hat aber das Gespenst der Ueberbevölkerung seine Schrecken verloren, denn einerseits ist die Zahl der Menschen nicht in dem vorausgesagten Maße gestiegen und andererseits hat sich herausgestellt, daß das Quantum der Unterhaltsmittel verhältnismäßig viel stärker gewachsen ist. Die moderne Arbeitstechnik bringt es mit sich, daß ein jeder Mensch mehr leisten kann, als er selbst gebraucht, daß also jeder neue Mensch einer Ueberflüssigkeit in Bezug auf die Unterhalt-

mittel erzeugt. Die Ueberbevölkerungstheorie des Malthus, einstmals eine Waffe im Kampfe gegen den Sozialismus, ist heute in die Kumpfkammer geworfen worden.

### Wirtschaftliche Rundschau.

**Hochkonjunktur und Sünden der Rentenwerte. — Staatsanleihen und Obligationen der Hypothekendarlehen.**  
Wir haben schon oft darauf hingewiesen, wie jede Hochkonjunktur unangenehm und zuletzt geradezu bedrückende Begleiterscheinungen für alle festverzinslichen Papiere nach sich zieht: also in erster Linie für die Anleihen von Reich, Staat und Gemeinde, ferner für die Obligationen der Hypothekendarlehen.

Das anlagebegehrende Geduldskapital sieht bei anhaltendem Wirtschaftsaufschwung immer günstigeren Gewinnaussichten in der Industrie und im Handel vor sich; beispielsweise bevorzugen Aktien neben staatlichen Dividenden noch erfreuliche Nebenprofite durch die, während des Besesses weiter emporkletternden Kurse. Dagegen gewährt der gangbare Typ der Staatsanleihen während der Zeit wie der Eibe unerquicklich 4 pZt., wie bei den letzten jährigen Schuldenaufnahmen in Preußen und Preußen, oder 3 pZt. wie in Frankreich, oder 2 1/2 pZt. wie bei den englischen Konzils. Wechelt wie die Staaten mit ihren Anleihen, so beschaffen die Hypothekendarlehen hinsichtlich der Heranziehung fremder Gelder, die sie zur Beilegung von Grundstücken und Bauten weiter verwenden; auch sie geben Schuldverschreibungen mit gleichbleibender Verzinsung (in den letzten Jahren regelmäßig vierprozentige Obligationen) aus.

Wenn jeder Besitzer seinen Schatz von solchen Rentenwerten ewig festhielt, und wenn seitens der Staaten und Hypothekendarlehen keine neuen Emissionen erfolgen, so könnte der Wertpapiermarkt, die Effektenbörse, diese Sonderstellung der „festen Renten“ mit Gleichmut ertragen, bis es im Wandel der Zeiten wieder einmal mit der Hochkonjunktur überbietet wäre. Aber fortwährend erscheinen diese Staatsanleihen und Obligationen in gewaltigen Mengen auf dem Markt zum Verkauf. Sie dienen vielfach nur vorübergehend zur Nebenhaltung und sollen den brennenden ersten dringenden geschäftlichen oder familiärpersönlichen Bedarf wieder in Bargeld umgewandelt werden; Reich, Staaten und Gemeinden, Hypothekendarlehen selber wollen und müssen neue Schuldverschreibungen unterbringen. Insofern, wer wird sie kaufen, solange er, wie während jeder Aufschwungsperiode, in allen möglichen andern Anlagegebieten — das zweifellos sehr verlockende Anlagengebiet der Aktien — höhere Gewinne mühselos herauszuschlagen vermag? Entweder bleiben die Käufer ganz und gar aus, oder die Käufer finden ein genügendes Äquivalent: in der Kurstheorie heißt das „Kursrückgang“, in der Kurslehre der Rentenwerte. Eine Schuldverschreibung, die unumkehrbar jährlich 4 pZt. Zinsen verpricht, rentiert sich tatsächlich mit 4 pZt., wenn sie zum Kurse von 100 erworben wird. Sie rentiert dagegen mit 4 1/2 pZt., wenn sie bereits zum Kurse von 90 zu erlangen ist; wenn die wirklich angelegten 100 jährlich 4 pZt. Zinsen bringen, die wirklich angelegten 100 Anlagekapital 4 1/2 pZt. Die gleiche Schuldverschreibung rentiert sich für den Käufer mit 5 pZt., wenn er gar nur 80 für den Erwerb auszumessen braucht; 80 : 4 = 100 : 5. Mit andern Worten: glaubt sich das anlagegehende Kapital, dem ganzen Willen der Hochkonjunktur entsprechend, zu höherem Profit berechtigt, so nimmt es die alten festverzinslichen Werte nur zu niedrigerem Kurse auf; andererseits werden es sich ausschließlich den andern günstigeren Kaufgelegenheiten an der Börse zu. Jeder Wirtschaftsaufschwung, der die günstigeren Anlagemöglichkeiten stetig vermehrt und verstärkt, zeigt deshalb immer von neuem nach der Seite der „festen Rentenwerte“ den durchgehenden, großen Ausgleichsprozess, der für viele Verwirrer recht peinlich und sogar verhängnisvoll ist: das allgemeine Sinken der Rentenwerte. Treten bei Staatspapieren gar noch politische Mißtrauen und unsichere, gefährdete politische Lage hinzu, so verschärft sich die Abwärtsbewegung aus diesem zweiten Grunde noch mehr.

Es mag dahingestellt bleiben, ob man in letzter Zeit den zweiten Faktor bereits mit an der Arbeit sah, oder ob man die Sicherheit der bevorzogensten Staatspapiere nach wie vor für unerschütterlich hielt und nur dem unwiderstehlichen Konjunkturdruck seitens der vortheilhafteren Anlageplätze nachgab. Jedenfalls ist, wie schon vor 1907, der Kursrückgang international, innerhalb und außerhalb Preußen-Deutschlands, ein ganz verblüffender. Die vierprozentige Reichsanleihe hatte noch 1909 zeitweise einen Höchststand von 104,80, sie steht heute (6. August 1912) 100,90. Die dreiprozentige französische Rente erreichte 1909 als Spitze einen Kurs von 99,23, sie steht heute 92,30. Die zweieinhalbprozentigen englischen Konzils brachten es noch 1908 bis auf 88,16, 1909 bis auf 85,74, sie sind nunmehr nur mit etwa 47 1/2 bewertet. Alle Unternehmungen und Institutionen, wie die Sparkassen, die größere Summen von solchen Fonds seit langem zu halten geübt waren, sind in Verzweiflung über ihre Verluste bei der Wertabschätzung und über die unrentable Entwertung ihrer Bestände. Die Regierungen sind nicht minder bestürzt über den geringen Erlös bei neuen Emissionen, aber der ganze politische Entwidlungsprozess zwingt sie, dennoch mit immer neuen Anleiheangeboten den Markt weiter zu überfüllen.

Und die Hypothekendarlehen, die wiederum als Geldgeber für das Baugeschäft so bedeutungsvoll sind, hätten diesen Wechsel der Zeiten sehr nachdrücklich. Typisch für die schwierige Umbringung ihrer Obligationen war der Entschluß der Berliner Hypothekendarlehenbank A.-G., von neuem zum dreieinhalbprozentigen Zinsfuß überzugehen. „Im allgemeinen“, so urteilt die „Frankf. Ztg.“ in ihrem Jahresschreibsel, waren bei den in den ersten Monaten veranlasseten Emissionen von Hypothekendarlehen Obligationen kaum wirklich Erfolge zu verzeichnen, obgleich der Zeichnungspreis doch vielfach merklich niedriger angelegt wurde und die Kommissionen an die Vertriebsstellen der Obligationen teilweise eine ungesunde Höhe erreichten. „Unsere Statistik erstreckt sich wieder auf 87 Hypothekendarlehen, die genossenschaftlichen sind wie selber außer Be-

tracht gelieferten). Der Obligationenumlauf der 87 Institute bezifferte sich am 30. Juni d. J. auf 11.408,10 Millionen Mark gegen 11.208,69 Millionen Mark am 31. Dezember d. J. Die Zunahme im ersten Halbjahr 1912 betrug sich demnach auf 199,41 Millionen Mark gegen 372,24 Millionen Mark im ersten Halbjahr 1911. Die Gesamtsumme der Register-Hypothekendarlehen betrug am 30. Juni dieses Jahres 11.800,28 Millionen Mark gegen 11.602,81 Millionen Mark am 31. Dezember 1911; die Zunahme für das erste Halbjahr stellt sich somit auf nur 197,47 Millionen Mark gegen beinahe den doppelten Betrag von 393,77 Millionen Mark im gleichen Vorjahrsabschnitt.“ Neben den vielen andern bedrückenden Faktoren, der sonstigen Baugeldervertuerung und -knappheit, der sich jetzt rächenden früheren maßlosen Terrain Spekulation, ist das für die Baugewerbe keine erfreuliche Erscheinung. Und nach der Meinung von Baufachmännern während der jüngsten Zeit zu urteilen, dürfte sich hier die Lage eher verschlimmern als verbessern.  
Berlin, 6. August 1912. Mag Schippel.

### Politische Umschau.

**Scharfmacherpolitik. — Für Ausnahmeerlasse. — Die „Walter Kirche“ der sozialistischen Ligen bekämpft. — Die Kriegervereine an der Arbeit. — Jahreshundertfeier des Hauses Krupp. — Neue fürchbare Menschenopfer im Bergwerksbetrieb.**

Die Scharfmacher und ihre Organe erwerben sich das Verdienst, die saison mort, worunter man die politische stille Jahreszeit versteht, einigermaßen zu beleben. Tag für Tag liegen Mitteilungen vor über ihre Kundgebungen und Intrigue, die darauf gerichtet sind, eine ausnahmerechtfähige Vergewaltigung der Sozialdemokratie, der freien gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, des Koalitionsrechts der Arbeiterklasse herbeizuführen.

Jetzt hat sich auch das offiziöse Organ der sächsischen Regierung zu dieser „Frage“ in scharfmacherischen Sinne vernehmen lassen. Man weiß ja, daß das sächsische Staatsregiment stets eine sehr schief und nicht selten geradezu drastisch ausgeprägte „Ordnungspolitik“ betrieben hat; es ist auf diesem Gebiete in Deutschland mit Preußen immer voran gewesen. Hat doch vor einigen Monaten der sächsische Minister des Innern, Graf Viktor v. Schöbner, in der zweiten sächsischen Kammer ausdrücklich erklärt, daß die sächsische Regierung im Bundesrat einen scharferen, gefeilteren Arbeitswilligen ausformen werde. Damit setzte sich der Staatssekretär des Innern, Dr. Debrücker, einigermaßen in Widerspruch, als er am 22. Mai d. J. im Reichstage gegenüber dem die baldige Vorlage eines Arbeitswilligenabkommens betreffenden Antrage erklärte, daß man zuerst wohl ohne Abänderung und Verschärfung der Bestimmungen zum Schutze der Arbeitswilligen auskommen könne. Der Antrag der Konservativen wurde damals mit 275 gegen 68 Stimmen der Konservativen und acht nationalliberalen Abgeordneten abgelehnt. Aber das ist natürlich für die sächsische Regierung nicht maßgebend. Sie bietet gewissermaßen dem Staatssekretär und der Reichsregierung ein Paroli, indem sie offiziös erklärt läßt:

„Auf Grund der heutigen Gesetzgebung dürfte ein ausreichender Arbeitswilligen schutz beim besten Willen und unter Vermeidung der stärksten Energie nicht zu erreichen sein. Jedenfalls aber erheben sich die durch den gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Terrorismus und Koalitionszwang hervorgerufenen Mißstände Abhilfe. Die Arbeiter sollen aus der Anhebung durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften befreit, ihnen soll das Recht, sich zu koalieren, wie sie wollen, erst sicher gestellt werden. Heute ist es die Sozialdemokratie, die für sich selbst die weitestgehende Koalitionsfreiheit in Anspruch nimmt und auf die andern Arbeiter einen Koalitionszwang ausübt.“

Mit großer Genugthuung verzeichnet die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ diese Kundgebung unter Hinweis darauf, daß ja auch die Mehrheit der hamburgischen Bürgerchaft den Senat aufgefordert hat, im Bundesrat eine Verschärfung der Bestimmungen zum Schutze der Arbeitswilligen anzuregen. Es erscheint aber dem Wählerorgan selbst einigermaßen zweifelhaft, ob sich im Bundesrat eine Mehrheit für die Verwirklichung dieser Scharfmacherwünsche finden wird, deshalb droht es mit weiterer Verarbeit der öffentlichen Meinung; die Angelegenheit werde nicht zur Ruhe kommen, sondern von den Konservativen immer wieder von neuem angeregt werden, und schließlich müsse diese Anregung Erfolg haben, „zumal da neuerdings sich immer mehr Korporationen des Handels und der Industrie für die Verstärkung des Arbeitswilligen schutzes mit großer Entschiedenheit ausgesprochen haben.“

Das ist ja allerdings der Fall, worüber wir unsere Leser fast in jeder Nummer unseres Blattes in der letzten Zeit zu unterrichten hatten. Jetzt ist wieder eine Handelskammer, die Elbinger-der Scharfmacherpolitik beigetreten; auch ihre Mitglieder sind, wie die aller andern Handelskammern, die sich bis jetzt für verschärfte Arbeitswilligen schutz ausgesprochen haben, liberale Herren. Und sie sind der Meinung, daß die Sorge für einen wirksamen Arbeitswilligen schutz die wichtigste Aufgabe unserer Zeit“ (11) sei. Den staatlichen Organen wird vorzugesprochen, daß sie bisher nicht in genügendem Maße auf Grund der gesetzlichen Vorschriften ihren Pflichten, Strafgewisse zu beschützen und zu bestrafen, nachgekommen seien. „Und diesen Vorwurf mag man zu erheben trotz der aller Welt bestimmeten Tatsache, daß es Polizei und Justiz in der Erfüllung der ihnen zum-

machertum beigemessenen „Pflichten“ an Majorität und äußerlicher, rücksichtslosster Schärfe nicht hat fehlen lassen. Weiter bedient sich die Elbinger Handelskammer der tendenziösen groben Unwahrscheinlichkeit, daß die Quelle der Streik- ausbreitungen, die planmäßige Verhinderung durch gewerkschaftliche Organisationsorgane sei. Sie fordert Kaufbestimmungen, die ein „Einschreiten“ gegen jeden ernüchterten, der Arbeitermassen aufregt und in einer die Tatsachen verdröhnenden Weise erregt. Schließlich werden die Arbeitgeber zu „tatskräftigen Eingreifen“ ermahnt; sie sollen sich nie einlassen in Verhandlungen mit „gewerkschaftlichen Agitatoren“, das heißt mit den Leitern der gewerkschaftlichen Organisationen.

Nach der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ haben die Vertreter der Handelskammern „den vollen Beweis“ dafür erbracht, daß „jedenfalls eine schärfere Anwendung der bestehenden Bestimmungen, insbesondere auch der polizeilichen, als auch eine Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen und eine Bekämpfung des Streikpostensens an sich durch ein ausdrückliches gesetzliches Verbot unbedingt erforderlich ist“.

So steht dann das Schamachertum auf der ganzen Linie im Felde, um die freie Arbeiterbewegung, die gewerkschaftliche Organisation, die ganze Arbeiterklasse Deutschlands unter dem elenden Vorwande des „Schutzes der Arbeitswilligen“ in jenen Ausnahmefällen zu unterwerfen. Immer wieder aufs neue müssen wir die Arbeiter ermahnen, daß sie aus diesen gegen sie gerichteten Unterdrückungen die richtigen Lehren ziehen: sie müssen unermüdet und mit stetig wachsendem Eifer wirken an der Ausgestaltung und Kräftigung ihrer Organisationen, an der Auffklärung der Massen, die sich noch gleichgültig gegen diese Organisationen verhalten.

Auch „Mutter Kirche“ hat sich wieder einmal gemeldet mit einer Kundgebung zum Kampfe wider die Sozialdemokratie. Auf der Bundesversammlung der bayerischen Sozialdemokraten wurde ein vertrauliches amtliches Schriftstück des Ordinarius Nögenburg mitgeteilt, in dem der Herrs erinnert wird an die „seelische Pflicht der Wachsamkeit und des Widerstandes gegenüber der sozialdemokratischen Organisation“. In Predigt und Christenlehre soll der Herrs gegen die „sozialistischen Lügen“ ankämpfen, unter anderem durch die Lesung von „Zufriedenheit, Demut, Gehorsam und Seligkeit der Armut“. Das ist das alte präfränsische Ciapoppeid, das alte „Heilsbangelium“, womit man die Armen, die Ausgebeulten und Unterdrückten über ihr trauriges Los- und deren Ursachen hinwegzuführen und sie an der Erkenntnis ihres Menschenrechts und ihrer Menschenwürde zu hindern sucht. Aber der frommen Schafe, die sich zu diesem „Heilsbangelium“ bekennen, werden immer weniger, müssen sich die schwarzen Sirten auch noch so viel Mühe geben, sie in ihren Sünden festzuhalten.

Dem Kapitalismus und dem Merkantilismus leisten in Bekämpfung des „Umsturzes“ die sogenannten „unpolitischen“ Kriegervereine immer eifriger Futurs. Jetzt haben sie ein neues Propagandamittel erfinden, um die jungen Leute, deren Einziehung zum Militär als Rekruten bevorsteht, ordnungspolitisch zu bestreuen. Der Militärverein Nordhausen erfährt sie, seine Veranlassungen zu besuchen, um dort „Auffklärung und gute Ratschläge“ für den Militärdienst zu erhalten. Ueber die Teilnahme an den Vorträgen soll ihnen eine Verpfändung ausgestellt werden, die beim Eintritt ins Militär abgegeben werden kann und eine gute Empfehlung darstellt. Es werden sich sicher nicht viele junge Leute finden, die sich jenen einer kriegerischen Empfehlung und Belehrung unterwerfen. Was von der Eigenart jenes Militarismus zu halten ist, von seinen sogenannten „berechtigten Eigentümlichkeiten“, darüber sind die jungen Wehrpflichtigen hinreichend unterrichtet; sie haben genug gehört und gelesen von der militärischen Disziplin, in deren Namen tagtäglich Soldaten gräßlich hochimpt und ebensooft tödlich mißhandelt werden.

Im Verlauf unserer Berichtswocche war der bürgerlichen Presse ein besonders reicher und für sie dankbarer Stoff geboten mit der Jahrhundertfeier des Sauses Krupp, die in Essen unter Teilnahme des Kaisers vor sich ging. Da hat der Kaiser eine höchst lobende Rede auf das Kruppische Unternehmen gehalten; er hat es gefeiert wegen seiner Leistungen auf dem Gebiete der Fabrikation von Kanonen und Kriegsmaterial; er hat auch behauptet: der große Leiter des Kruppischen Werkes sei der erste gewesen, der in Deutschland die sozialpolitischen Probleme erkannte; dieser Krupp habe „bahnbrechend“ gewirkt für die „Arbeiterfürsorge“ und „die sozialpolitische Gesetzgebung des Deutschen Reiches“ vorzubereiten helfen. Da befindet sich der Kaiser in einem schweren Irrtum, der entschieden zurückgewiesen werden muß. Krupp war nicht der erste, der für seine Arbeiter Unterhaltungsstellen, Konsumanstalten und Wohnungen errichtete; das hatten vor ihm schon andere Großindustrielle getan. Für die sozialpolitische Gesetzgebung des Reiches hat die Großindustrie einschließlich der Kruppischen Werke nicht bahnbrechend gewirkt; sie hat sich vielmehr gegen diese Gesetzgebung mit allen Kräften gestemmt als sie im Anfang der achtziger Jahre in Angriff genommen wurde, und sie hat seitdem ihrer weiteren Ausgestaltung sich energig widersetzt. Tatsächlich hat die Sozialdemokratie, die freie Arbeiterbewegung, die Bahn zur Arbeiterfürsorgegesetzgebung frei-

gemacht. Das hat ja doch selbst Bismarck im Reichstage einmal unumwunden zugegeben.

Daß die „Wohlfahrts-Einrichtungen“ der Großindustriellen, lediglich darauf berechnet sind, die Arbeiter zu fesseln, sie der möglichst weitgehenden Unternehmerrückgriff zu unterwerfen, und daß sie damit die Vergeewaltigung des Koalitionsrechts der Arbeiter verbünden, ist eine in den weitesten Arbeiterkreisen bekannte Tatsache. Diese Tatsache charakterisiert insbesondere auch die Firma Krupp. Die Summe von 14 Millionen Mark hat die Firma für „Erkenntlichkeits- und Wohlfahrtszwecke“ gestiftet. Jeder Arbeiter soll je nach der Länge seiner Dienstzeit 5 bis 100 und jeder Beamte soll ein Monatsgehalt als Gratifikation erhalten, und was dergleichen Stiftungen mehr sind. Nun, die Firma Krupp kann sich doch eine Ausgabe leisten, verfügt sie doch über ein Nischenvermögen, das im Laufe dieser Jahrzehnte angehäuft worden ist, nicht nur auf Kosten der Arbeiter des Werkes, sondern auch auf Kosten des Volkes. Das Kruppische Werk hat sich für die Kanonen und Kriegsmaterialien, die es dem Heere und der Flotte lieferte, stets horrend Preise bezahlet lassen; die erheblichen Profit abwarfen, und dafür ist das Volk durch Zölle und Steuern belastet worden. Das Werk wird die 14 Millionen aus seinen Arbeitern und aus dem Volk mit Zins und Zinseszins leicht wieder einbringen können.

Jah zum Abbruch gebracht wurde die Jahrhundertfeier in Essen durch das furchtbare Grubenunglück am 8. August auf der Zeche „Lothringen“ bei Bochum, über das wir an anderer Stelle berichten. Bis zur Stunde, wo wir dieses schreiben, sind etwa 130 zerkochte Leichen von Bergproletariaten und Dugend gräßlich Verletzte aus dem Schoß der „roten Erde“ an das Tageslicht gebracht. Der Kaiser hat sich an den Ort der Katastrophe begeben, um sich über die Einzelheiten zu informieren. Was dabei herausgekommen ist, können wir natürlich nicht wissen. Wir können eine zuverlässige Aufklärung nur von der Bergarbeiterchaft selbst erwarten.

### Bauarbeiterbewegung. Deutscher Bauarbeiterverband.

**Bekanntmachung des Vorstandes.**  
Verlorene Mitgliedsbücher. In der Zeit vom 3. bis 9. August sind nachfolgende Mitglieds- bzw. Interimsbücher als verloren oder als abhanden gekommen gemeldet worden und Ersatzbücher dafür ausgestellt:

Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsort	Geburtsdatum	Eintrittsdatum
61660	Altman, Anton	Abbsberg	6. 10. 58	1. 6. 06
02911	Alfvinger, Aug.	Berechtheim	5. 6. 92	17. 3. 12
049498	Beckmann, Rich.	Bäckert	26. 10. 89	21. 4. 12
322	Brabant, Hans	Berlin	25. 1. 92	6. 5. 09
0185512	Ehrst, Anton	Rudersberg	16. 5. 87	17. 12. 11
198920	Feist, Max	Hohenwiffen	28. 3. 80	20. 8. 10
044409	Freihlich, Otto	Sonnenborn	16. 2. 78	1. 1. 11
65860	Goranzky, Jul.	Gr. Otern	7. 6. 70	18. 11. 08
177962	Grumwand, Walf.	Rosenrade	9. 9. 89	20. 6. 07
81546	Hartmann, Chr.	Simmerzhäusen	20. 12. 77	10. 3. 04
58668	Henschmer, Peter	Cöln	28. 5. 73	18. 3. 06
264633	Hirtorn, Georg	Hildorf	29. 11. 82	2. 9. 10
82255	Hohmann, Heinz.	Rönigsblutter	23. 12. 75	3. 5. 08
34474	Juß, Karl	Zültehoff	2. 3. 80	30. 4. 04
71385	Karl, Josef	Züchemin	22. 8. 89	29. 1. 09
044094	Knüpfer, Carl	Danuburg	21. 9. 92	27. 3. 11
0274053	Kunzart, Albert	Nischalfow	15. 4. 87	28. 7. 12
0175386	Rünster, Gott.	Düßburg	30. 8. 88	13. 2. 12
28549	Rehmann, Emil	Remmersdorf	5. 7. 64	24. 2. 06
11800	Mannat, St.	Motzfo	15. 4. 68	20. 4. 01
0241961	Merzowitsch, Emil	Kositzka	19. 2. 89	28. 5. 11
95441	Müller, Friedr.	Breslau	15. 6. 81	26. 9. 10
0226461	Nachjagall, Max	Lichtenberg	27. 8. 87	15. 5. 12
0246212	Nowofowshy, St.	Kriabowa	25. 6. 81	1. 4. 12
52960	Ösmella, Johann	?	19. 2. 83	17. 7. 09
125551	Provdant, Anton	Stalien	3. 7. 84	1. 4. 06
86882	Rembe, Albert	Unterbodnitz	24. 2. 63	1. 8. 95
138046	Roggenhüter, C.	Frankendorf	9. 3. 92	7. 9. 10
0111492	Schlicht, Gustav	Danzig	7. 9. 88	21. 7. 11
0183442	Steinhauer, Fr.	Cöln	8. 12. 88	16. 9. 11
107118	Trino, Josef	Arzenheim	20. 2. 84	1. 3. 10
0117059	Weiß, Albin	Aborf	19. 9. 77	7. 7. 11

Ausgeschlossen sind auf Grund § 40 Abs. 2a des Statuts vom Zweigverein Augsburg: Alois Schuster, geboren am 24. Mai 1867 in Stadbergen, eingetreten am 7. August 1909 (Verb.-Nr. 104510); vom Zweigverein Bamern: G. L. H. v. d. Arde, geboren am 3. Januar 1889 in Gersfeld, eingetreten am 14. Juni 1906 (67501); vom Zweigverein Bitterfeld: Otto Wiltner, geboren am 15. September 1880 (140505); vom Zweigverein Eisenach: Albert Weitenstein, geboren am 18. Dezember 1887 in Kalemrode (240203) und Paul Hoffmann, geboren am 6. Januar 1888 in Tschepchen (127582); vom Zweigverein G. r. a. u. d. e. n. z.: Friedrich Werner, geboren am 1. Dezember 1856 in Neudorf, eingetreten am 1. März 1908, und Friedrich Junz, geboren am 24. August 1858 in Buchhin, eingetreten am 1. März 1908; vom Zweigverein K. u. d. u. s. e. i. d.: Gustav Hoff, geboren am 28. September 1886, eingetreten am 28. Juni 1912 (0122197), und Gustav Schwenker, geboren am 22. Oktober 1883, eingetreten am 28. April 1911 (0191713); vom Zweigverein K. e. g. e. n. h. a. i. s.: Heinz Wilde, geboren am 31. März 1879, eingetreten am 7. April 1912, Joh. Luft, geboren am 25. Februar 1890, eingetreten am 7. April 1912, Joh. Göbel, geboren am 18. September 1861, eingetreten am 17. April 1912, Anton Heidenreich, geboren am 10. Oktober 1885, eingetreten

am 7. April 1912, Jos. Tische, geboren am 19. August 1843, eingetreten am 7. April 1912, Heinz Wilde, geboren am 14. November 1849, eingetreten am 7. April 1912, Ernst Grabe, geboren am 6. Dezember 1875, eingetreten am 7. April 1912, Albert Smettag, geboren am 22. März 1854, eingetreten am 7. April 1912, Franz Kleber, geboren am 27. September 1851, eingetreten am 13. April 1912, Joh. Samel, geboren am 26. April 1846, eingetreten am 13. April 1912, Franz Groß, geboren am 9. November 1874, eingetreten am 12. Mai 1912, Aug. Weber, geboren am 17. April 1854, eingetreten am 3. Juni 1912, Adam Berger, geboren am 14. April 1885, eingetreten am 3. Juni 1912, Joh. Schneider, geboren am 7. Februar 1888, eingetreten am 17. Juni 1912, Joh. Berger, geboren am 19. April 1860, eingetreten am 17. Juni 1912, Joh. Luft, geboren am 1. Dezember 1865, eingetreten am 24. Juni 1912, Ant. Wilmann, geboren am 12. August 1857, eingetreten am 16. Juni 1912, Karl Grundel, geboren am 27. Januar 1858, eingetreten am 29. Juni 1912, Gabriel Künzel, geboren am 6. Mai 1849, eingetreten am 1. Juli 1912.

Die Namen der Kollegen, die wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekanntgegeben.

Ausgeschlossen, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Bonn: Jos. Ollig, geboren am 1. August 1881 an Hilscheid, eingetreten am 8. März 1912 (Verb.-Nr. 0196768).

Zweckdienliche Mitteilungen bitten wir an den Vorsitzenden des betreffenden Zweigvereins gelangen zu lassen.

**Sterbezeug** darf laut Statut nur auf Anweisung des Vorstandes ausgestellt werden. Zu den diesbezüglichen Anträgen sind die gedruckten Formulare E, welche vom Vorstandsvorstand zu beziehen sind, zu verwenden. Das Verbandsbuch des betreffenden Mitgliedes ist jeweils mit den Anträgen einzuweisen.

Unterstützungsaufweisungen sind in der Zeit vom 8. bis 9. August erteilt für:

Zweigverein	Name des Mitgliedes	Gebort	Buch-Nr.	Mann oder Frau
Altenburg	Albin Heinte	Hilfsarb.	193140	Frau
Bamberg	Gregor Hamer	Maurer	122901	
Berlin	August Baer		4386	Mann
"	Willy Freierdant	Bücher	6101	Frau
"	August Kolata	Maurer	2909	Mann
"	Gust. Benjien	Hilfsarb.	242044	Frau
"	Heinr. Köpfer	Bücher	5138	Mann
"	Grego. Seipelt	Maurer	241884	
"	Willy Spreewitz		2985	
Bielefeld	H. Schnitmeier	Hilfsarb.	112600	Frau
Breslau	Gust. Tziel	Maurer	241272	Mann
"	Aug. Scholz		49693	
Cheumnitz	Albert Hobe		236328	
"	Franz Hammer	Hilfsarb.	69537	
Cöln a. Rh.	August Herbig	Maurer	98972	
Danzig	O. Janischenski		94065	
"	Gust. Hinton		241289	
Dresden	Willy Richter		24390	
"	Gust. Grabs	Hilfsarb.	28804	
"	W. Fischeich	Maurer	169186	
"	Heinr. Braume		168360	Frau
Eisenberg	Edward Franke		197563	
Erdmannen	Edward Hein		179957	
Frankfurt a. M.	Hilfing Wels		242830	Mann
"	Lorenz Haun		47138	
"	Peter Seipel		48453	
"	H. Häuser		151117	
Gera	Heinr. Wendel		120948	
Glaugau	H. Schumrbusch		194007	
Greifswald	Carl Skorski	Hilfsarb.	170831	
Hamburg	Fr. Nathson	Maurer	12570	
"	Karl Stages		15453	
Hannover	Willy Schell		63881	Frau
Hirschberg i. Schl.	Julius Drowoth		209709	
Leipzig	Adolf Lüttig		245532	
Leipzig	Carl Weiss	Hilfsarb.	216233	Mann
Leipzig	Willy Friedrich	Maurer	189997	
Luda	Joh. Bergler		183615	
Mindelheim	Moriz Fiedler		214971	
Mittweida i. S.	Franz Jersil	Hilfsarb.	42883	
München	Peter Dent		36103	Frau
"	Joh. Ziegelmeier		36502	Mann
"	Georg Spich		219686	
"	Edw. Schbayner		43221	
Nowawes	Adolf Franke		131917	Frau
Nürnberg	Fr. Württemberg	Stuttaturer	257444	
Oriand	Otto Schmalzer	Maurer	168964	
Osteroed i. Pr.	Friedr. Walter		178612	Mann
Ronneburg	Heinr. Hilgen		190368	
Saarbrücken	August Freyahn		117865	
Sommerfeld	Julius Schwig		240773	
Spanbau	Karl Gwamm		242285	
Strasburg i. W.	S. Kofusinsky		189301	Frau
Treuen i. S.	Max Schädlich		196792	Mann
Zittau	Arthur Prige		124915	Frau

**Kollegen gesucht.** Folgende Kollegen werden ersucht, ihre Adressen beim Vorstandsvorstand einzuweisen, eventuell bitten wir die Zweigvereinsleitungen, die Kollegen darauf aufmerksam zu machen: Friedrich Schmidt (Verb.-Nr. ?), Nicolaus Alpen (284276), S. Banke (227571), Wilhelm Friedrich (207773), Emil Korth (156767), Joseph Werner (245410), Peter Keil (84458), Johann Jark (88842), David Gumpert (227082), Franz Wandler (012117), Wilhelm Düns (23645), Otto Wamwitz (56731), Bernhard Wähler (055984), Detlef Bath (204992), Friedrich Schram (?), Willy Bauer (101288), Carl Fricker (0163828), S. Krügel (57017), W. Freyer (205909), Adolf Moritz (208195).

Vom 6. bis 12. August haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptkasse gesandt: Altdittlitz 46,61,29, Muerbach-Falkenstein 1500, Altenburg 300, Wipota 250, Wilschleben 600, Ultraschleib 600, Wachsen, 250, Wittenheim 60, Kaufmann 200, Witten 120, Weyreuth 50,40, Wittenhain 79,40,

Schiedsgerichtliche Entscheidungen.

Bauten 1050, Brinkum 600, Bonn 330, Bartenstein 200, Blantenburg i. S. 100, Bimbe 100, Borna 700, Bogenburg 301,20, Burgfurt 600, Bitterfeld 401,50, Barth 100, Böthen 180, Coburg 400, Colmar i. Elz 500, Crimmitschau 300, Cottbus 200, Ebelin 900, Effenau 563,86, Döberan 230, Elmshorn 450, Erfurt 750, Gießau 400, Gienburg 400, Giesleben 200, Glöck 1000, Glöcknitz 120, Griebenburg i. S. 250, Franzenberg i. S. 400, Goslar 13,10, Gießen 900, Grimma 700, Göttingen 650, Gützkow 300, Guben 600, Göttingen 300, Hagen 500, Gräfenhainichen 65, Gumbinnen 484,60, Hof 714,57, Herzberg 300, Hörde 400, Hilburgshausen 34,80, Hamburg 7000, Hainau 350, Hirschberg i. S. 1355, Heilbronn 1200, Heide 400, Jüterburg 550, Jüngerleben 50, Kattowitz 1399,67, Kempten 400, Korb 400, Kayna 100, Leipzig 35 000, Limbach 450, Langenwehen 100, Lübeck 2000, Landsberg a. d. W. 500, Lützenburg 45, Ludwigsblau 40, Lützen i. Bodenise 200, Lützen 173, Lützen i. B. 11,22, Meiningen 200, Mägdeburg (Range) 30, Mühlenbeck 96,90, Meerane 400, Maritzsch 238,52, Muebberg 100, Mühlhausen i. S. 500, München 9000, Mühlhausen im Elsaß 700, Nienegg 31,18, Nienegg (von hängender Streifenunterstützung zurückgefallen) 38,80, Neudorf 3068, Neumünster 984,91, Neuhäus 100, Nienegg 9, Oldenburg in Holstein 135,48, Osterburg 161,44, Pforten 1500, Posen 200, Reichenbach i. B. 1200, Riesa i. S. 72,47, Rostock 600, Riesa 100, Rosenheim 2,80, Schweinmünde 500, Steinach 100, Scharwin i. Westf. 1100, Storfow 42,58, Schönwalde in der Mark 2, Scheideitz 250, Schwandorf 150, Steinach 100, Soltan 100, Salungen 50, Stollberg i. Erzgeb. 100, Schöningen 100, Seehausen i. d. Alt. 100, Stuttgart 3500, Schadenstein 200, Solingen 1600, Tempelburg 35,40, Zimmernode 145,68, Zondern 1,80, Helzer 400, Ullm 800, Verden 425, Wörm 19,80, Wilhelmshafen 2000, Weiba 200, Wolbeck 55, Wismar 250, Wittenberge 300, Wriezen 100, Zimmowitz 102,14, Zerbst 450.

**Interale.**  
Bartenstein A. 2, Coburg 5, Erfurt 10, Hörde 5, Hirschberg i. S. 10, Kattowitz 50, Lübeck 5, Maffow 1, Schweinfurt 20, Zimmernode 2, Zimmowitz 1.  
**Kalender.**  
Oldenburg i. S. A. 4, Schönebeck 3,50, Zimmowitz 3.  
**Protokolle.**  
Oldenburg i. S. A. 1.  
**Aufsichtsräte vom Verbandshaus.**  
Arnswalde M. 1,50, Blantenburg i. S. —,90.  
**Photographische Aufnahmen vom Verbandshaus.**  
Steinach M. 2,50.  
**Der Vorstandsvorstand.**

Lohnbewegungen und Differenzen.

**Deutschland:**  
Bebra. Sperrung über die Arbeiten der Unternehmer Herbig, Leroy, Weib und Witzel.  
Bordesholm, Voerde und Umgegend. Aussperrung.  
Borkum. Differenzen.  
Brandenburg. Sperrung über den Neubau der Landesirrenanstalt.  
Bütow. Sperrung über die Firma Körner (Norddeutsche Bau-Aktiengesellschaft).  
Eöln. Gesperrt sind die Betonarbeiten der Firmen Gebr. Schömer und Hüfer bei der Herstellung des neuen Bahnkörpers, die Erdarbeiten des Unternehmers Besser am For Nüssenberg und die Abtragungsarbeiten des Unternehmers Lindemann am Riehlertor.  
Frank (Samland, Ostpreußen). Streik.  
Gömitz. Sperrung über die Unternehmer Holzgreve, Groth und Torney.  
Hresden. Sperrung über Burmeister & Weiß. (Firma für Kühlanlagen).  
Hrossen. Streik.  
Hrossenach. Sperrung über die Firmen Wilhelm Baum und Heinrich Buchenau in Herleshausen.  
Hmshorn. Sperrung über die Firma Herberg.  
Jytkuhnen. Differenzen für Maurer und Putzer bei der Firma Heier.  
Hessen. Sperrung über die Firma Kröck & Nosseldreher in Heuchelheim.  
Hörrisseiffen. Sperrung über die Arbeiten des Unternehmers Kalkbrenner.  
Hräfenhail. Sperrung über die Firma Gruber.  
Hreidwald. Sperrung über das Baugeschäft H. Medenwald.  
Hrandenz. Sperrung über den Unternehmer Schärmach aus Schönebeck.  
Hross-und Klein-Besten. Sperrung über die Arbeiten des Unternehmers A. Wiemann.  
Hross-Umstadt. Lohn Differenzen.  
Hüssen. Sperrung über die Firma Burau.  
Hützkow. Sperrung über die Firma Peters.  
Halle a. d. S. Sperrung über die Ausschachtungsarbeiten der Unternehmer Schönmann & Schwarz am Steinweg.  
Hertzberg a. H. Sperrung über Kunstin.  
Hirschberg a. d. S. Sperrung über die Arbeiten der Lederfabrik Knoch & Co.  
Hofgeismar. Streik.  
Horst i. H. Sperrung bei dem Unternehmer W. Schmidt auf Hahnkamp.  
Harmen. Sperrung über die Firma Brandt.  
Hillinghausen. Differenzen.  
Hünigshütte i. O.-Schl. Streik.  
Hipzig. Sperrung über die Bauten der Eisengießerei Becker & Co. in Leipzig-Leutzsch, Hohe Straße, und über die Arbeiten des Unternehmers Munkwitz in Wahren, Heinkstraße, sowie über die Firmen Maschinenfabrik Karl Krause, Leipzig-Angere, Zweinandorfer Straße, und Bernhard Leipzig, Hardenbergstr. 48.  
Hock. Sperrung über den Unternehmer Rinio.  
Hewe i. Westpr. Lohn Differenzen.

Mittweida. Sperrung über den Bau des Unternehmers Polster in Altweida wegen Zahlungsunfähigkeit.  
Mühlheim-Oberhausen. Sperrung über das Stahlwerk Thyssen und die Firma Kurth & Hoffmann.  
Nannhof. Sperrung über Erbta & Hietschold.  
Neuhäusen i. Erzgeb. Streik.  
Neustadt a. H. Sperrung über das Asphaltgeschäft von Ludwig Matern.  
Nordenham. Aussperrung wegen Nichtanerkennung des Arbeitsnachweises.  
Oberrheinheim. Streik.  
Obersuhl. Sperrung über den Unternehmer Oswald in Dippach.  
Pillkallen. Sperrung über Kalcher wegen Vertragsbruchs.  
Podersuch. Sperrung über die Firma Köhnmann.  
Rügenwalde. Sperrung über die Firma Papenfuß.  
Rammelsburg. Sperrung über die Unternehmer Ravenhagen, Brambach, Kropp und Julius Dietrich.  
Salzwedel. Streik auf dem Neubau der Knochenverwertungsfabrik bei dem Unternehmer Mourice.  
Schönfließ. Sperrung über den Unternehmer Pahlmann.  
Schweinfurt. Sperrung über die Arbeiter der Eisenbetongesellschaft.  
Schwersenz b. Posen. Sperrung über die Firmen R. Iwan und A. Höfig.  
Sensburg. Streik.  
Sorau. Streik.  
St. Margarethen. Aussperrung.  
Stettin. (Maurer). Sperrung über das Eisenwerk „Kraft“ in Stolzenhagen-Kratzwick.  
Taucha b. Leipzig. Sperrung über den Bau der Kläranlagen der Firma Jelen aus Düsseldorf.  
Thorn. Sperrung über die Firma Sawatzki aus Briesen.  
Vegesack. Sperrung über den Abbruch des Unternehmers Meier.  
Wahlitz. Sperrung über den Unternehmer Burghardt aus Steingrimma.  
Westerstede. Streik.  
Ziegenhals. Zuzug ist fernzuhalten.  
Zinnowitz. Sperrung über die Arbeiten der Unternehmer Johann Hoppach, Carl Sadewasser, Otto Jahnke, Hermann Schumann, Rudolf Emke und Carl Mäde in Zinnowitz und Wilhelm Schmidt, Johann Labahn und Rudolf Parlow in Koserow.

Fliesenleger und Terrazzoarbeiter:

Bochum. Sperrung über die Firma Werringloer.  
Dortmund. Sperrung über die Zwischenmeister Lilienthal und Sommerstein in Barop bei Dortmund.  
Essen. Sperrung über alle Arbeiten der Firma Lange sowie der Zwischenmeister Seinser und Dietrich Kuhn.  
Gelsenkirchen. Sperrung über die Firma Hünebeck & Co.  
Hagen i. Westf. Sperrung über die Firma George Hüfer.  
Hamburg. Sperrung über die Firma Aug. Hoehne Söhne.  
Mannheim-Ludwigshafen. Sperrung über die Firma Fuchs & Priester sowie über den Zwischenmeister Gustav Rost.  
Mühlheim a. d. R. Sperrung über alle Arbeiten der Firma Krämer.  
Neustadt a. d. H. Sperrung über das Zementgeschäft von L. Matern.

Gipser und Stukkateure:

Bamberg. Sperrung über das Geschäft von Robert Fleischer.  
Breslau. Sperrung über die Firma Simlinger & Gode.  
Bruchsal. Sperrung über die Firmen H. Knoch, Franz Glück und E. Bullmann.  
Cuxhaven. Sperrung über das Geschäft von Brüggemann.  
Halle a. d. S. Streik.  
Karlsbad i. B. Sperrung über die Firma Holub.  
Kattowitz. Gesperrt wegen Lohn Differenzen sind die Firmen Beilich-Gleiwitz, Koppenhöfer-Beuthen, Baron-Königshütte und Pietruschka-Laurahütte.  
Lörrach. Sperrung über die Firma Walmer.  
Mühlheim a. Rh. Sperrung über die Arbeiten des Unternehmers Vosen.  
Nürnberg. Sperrung über die Arbeiten der Schwitzunternehmer Joh. Nübler und L. Schwab wegen andauernder Zahlungsunfähigkeit.  
Schletstadt. Sperrung über die Firma Bertels.  
Luzern (Schweiz). Streik der Gipser und Stukkateure.

Isolierer und Steinholzleger:

Barmen. Sperrung über die Firma Spilker & Co.  
Berlin. (Steinholzleger) Sperrung über die Brandenburgischen Steinholzwerke.  
Chemnitz. (Steinholzleger.) Streik bei der Firma Ziegner & Fritzsche.  
Eöln. (Steinholzleger) Sperrung über die Eabelt-Werke (Vertreter: D. Deppe in Eöln), Korkelit-Werke von D. Deppe und Heinrichs.  
Düsseldorf. (Steinholzleger) Sperrung über Nüble & Otto.  
Leipzig. Die Firma Brömmle ist für Steinholzleger gesperrt.  
Nürnberg. (Steinholzleger) Sperrung über die Firma Senferth.

Oesterreich:

Prag. (Isolierer) Differenzen bei der Firma Wurm.  
Jägerndorf, Mähr.-Schönberg. Streik.  
Sarajewo (Bosnien). Streik der Maurer und Zimmerer.

Arbeitsmarkt.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Emden, Hensenburg, Nordenham, Hünenberg, Oldenburg i. Gr., Schleswig-Stade, Vegesack und Wisflenschaven haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.  
In Dresden finden infolge der guten Konjunktur eine Anzahl Stukkateure Arbeit.

Das Einigungsamt für das Baugewerbe in Essen hat in seiner Sitzung am 18. Juni unter anderem folgendes behandelt: Beziehungsweise: Beschluß: Die Beschlüsse der Kommission über die Bestimmungen des Tarifvertrags für das Baugewerbe fallen. Der Vorstehende teilt mit, daß auf Veranlassung des Beschlusses des Einigungsamts vom 27. Mai dieses Jahres die Firma Brandt-Düsseldorf versucht worden sei, auf ihrer Baustelle in Oberhausen die gebräuchliche Arbeitszeit nach dem bestehenden Tarifvertrage für das Baugewerbe einzuführen und hierüber eine Erklärung des Einigungsamts einzuholen. Er verlas die von der Firma Brandt-Düsseldorf eingegangenen Schreiben, worin die Firma erklärt, einen etwa für Oberhausen bestehenden Tarifvertrag für Betonarbeiten anzuerkennen. Ferner wird mitgeteilt, daß ihr bislang keine Klagen über Bauschichten auf der Baustelle in Oberhausen bekannt geworden sind, sie gibt jedoch an, daß teilweise Betonarbeiter, wie Einzelgänger, länger als zehn Stunden beschäftigt werden, um eine Gefährdung des Baues zu verhindern. Die hierbei beschäftigten Arbeiter melden sich freiwillig hierzu. Der Vorstehende geht in längeren Ausführungen auf die allgemeine Frage der Arbeitszeit für Betonarbeiten am Tarifvertrage ein. Nach seiner Ansicht sollte auch nach der Ansicht des Zentralschiedsgerichts für das Baugewerbe, daß Betonarbeiten im Ruhrbezirk allgemein unter dem Tarifvertrag fallen und daß über die normale Arbeitszeit hinaus nicht gearbeitet werden darf. Es wurde hierbei besonders bemerkt, daß die Firma Brandt die Tariflose nach dem Verträge für das Baugewerbe zahle und länger arbeiten lasse; sie habe sogar die Arbeiter, die sich geweigert haben, länger als zehn Stunden zu arbeiten, entlassen. Herr Schmiedebaus führte hierzu aus, daß eine auswärtige Firma erst mit Beginn der Anmeldung Mitglied des Arbeitgeberbundes würde, und daß seitens des Arbeitgeberbundes erst von dieser Zeit an auf die Einhaltung der vertraglichen Bestimmungen hingewirkt werden könne. Es solle jedoch die Firma Brandt verpflichtet werden, nur zehn Stunden in Oberhausen arbeiten zu lassen. Seitens der Arbeiter wurde hierzu geltend gemacht, daß nach ihrer Ansicht die Firma Brandt mit Beginn der Arbeit dem Arbeitgeberbunde angehöre und mithin sofort unter die vertraglichen Bestimmungen falle. Da unter den Parteien keine Einigung in dieser Angelegenheit zu erzielen war, machte der Vorstehende im Einverständnis mit dem Vorsther, Herrn Bürgermeister von Wedelsiebt, folgenden Vorschlag:  
„Das Einigungsamt stellt fest: 1. daß die Frage, ob Betonarbeiten unter den Baugewerbe fallen, in ihrer Allgemeinheit zu verneinen ist; 2. daß die besondere Frage, ob gemäß § 4 des Vertrages, Betonarbeiten nach der örtlichen Gewohnheit unter den Baugewerbe fallen, zunächst von den örtlichen Instanzen zu prüfen und zu entscheiden ist.“

Bei der hierüber erfolgten Abstimmung wurde der Vorschlag zu 1 gegen die Stimmen der Arbeiter, zu 2 gegen die Stimmen der Arbeiter durch Mehrheitsbeschluß angenommen. Begründend heißt es: „Die Frage, ob Betonarbeiten unter den Baugewerbe fallen, ist bei Abschluß des Vertrages offen geblieben. In der Begründung der Unparteiischen vom 31. Mai 1910 findet sich unter VI Nr. 4 die Bemerkung: „Anderer im Baugewerbe beschäftigte Arbeitervertragen, zum Beispiel Betonarbeiter, können in die Verträge einbezogen und bei den örtlichen Verhandlungen im § 4 des Vertragsmittels eingefügt werden, wenn hierfür keine besonderen Organisationen mit besonderen Verträgen bestehen.“ Es ist nun unrichtig, daß besondere Baugewerbeträge in den Vertragsgebieten Rheinland und Westfalens nicht bestehen. Es steht aber auch fest, daß im § 4 des Vertrages eine ausdrückliche Einbeziehung der Betonarbeiten in den Vertrag nicht stattgefunden hat. Deshalb mußte die Entscheidung zu 1 bahnt laufen, daß im allgemeinen Betonarbeiten nicht unter den Vertrag fallen. Nun ist es allerdings möglich, daß in Baubetrieben die unter den Tarifvertrag fallen, in örtlicher Weise von den Bauvergebern, Zimmergebern oder Bauhilfsarbeitern auf Betonarbeiten beansprucht und geteilt werden. Solche Arbeiten können gemäß § 4 Absatz 1 des Vertrages unter den Tarifvertrag fallen, wenn festgestellt wird, ob Betonarbeiten zu den örtlichen Arbeiten dieser Arbeitnehmer gehören. Diese Frage zu prüfen, ist aber in erster Linie Sache der Schlichtungskommission als örtliche Instanz. Das Einigungsamt würde erst in zweiter Instanz damit befaßt werden können. Soweit mithin bezüglich der von der Firma Brandt-Düsseldorf in Oberhausen ausgeführten Arbeiten an dieser Feststellung ein Interesse besteht, muß anbeimgelassen werden, einen Antrag bei der Schlichtungskommission in Oberhausen einzureichen.“

Sau Eöln.

Aus Mühlheim a. d. Ruhr schreibt man uns: Die Firma Kurth & Hoffmann in Mühlheim-Broich hat seit Bestehen der Tarifverträge ständig versucht, diese zu umgehen. Hauptächlich war es die Verletzung der Arbeitszeit, die dieser frommen Firma ein Dorn im Auge war. Fast jede Sitzung der Schlichtungskommission hatte sich mit dieser zu befassen. Nichts hinderte die fromme Gesellschaft, ihr so und so oft gegebenes Wort genau so oft zu brechen. Ob es in der Ecke der „Hünen“, zu der die Arbeiter der Firma gehören, gestakt ist, ihr Ehrenwort keine schriftliche Erklärungen so oft zu brechen, wie diese Männer es getan haben, konnten wir nicht erfahren. Wichtig ist ja, daß auch die dort beschäftigten Maurer — Gelsen-Rassauer Arbeiter — genau so denken wie die Firma. War es uns die Jahre hindurch gelungen, den Tarifvertrag im großen und ganzen zur Geltung zu bringen, so war es uns in diesem Jahre absolut nicht möglich. Als wir erneut die Firma vor die Schlichtungskommission forderten, erklärte sie, daß sie die Kündigung beim Unternehmerverband eingereicht habe und sich deshalb an den Vertrag nicht mehr gebunden fühle. „Daß dies nur ein Scheinmanöver ist, wird jedem vernünftigen Menschen sofort einleuchten. Wir werden sie im nächsten Jahre schon

wieder mit den andern brüderlich vereint finden. Nach Mißsprache mit dem Bauoberleiter fand am 7. und 8. August in Hamborn und Wülheim je eine Bauarbeiterversammlung statt, die nach einem aufklärenden Referate folgende Resolution annahm: „Die heute tagende von allen im Baugewerbe in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen einberufene kombinierte Versammlung nimmt Kenntnis von dem vertragswidrigen Verhalten der Firma Kautz & Hoffmann. Die Firma ist auf friedlichem Wege nicht für die Anerkennung des Tarifvertrages zu bewegen, daher beschließt die Versammlung, über den gesamten Betrieb die Sperre zu verhängen. Die Versammelten verpflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die strikte Durchführung der Sperre zu wollen und dahin zu wirken, daß auch von der obengenannten Firma der Tarifvertrag anerkannt wird.“

Gau Dortmund.

Nach zweimonatiger Dauer ist, wie uns aus Minden, Westfalen geschrieben wird, nimmere der Streik der Tiefbauarbeiter bei der Firma Held & Franke beendet worden. Trotzdem die Firma ungeheure Verluste erlitten hat, lehnten ihre Vertreter jede Verhandlung ab. Der Oberingenieur Klages wollte unter allen Umständen seinen Herrschaftspunkt wahren. Jeder Unternehmer, der kaufmännisch rechnet, würde längst mit seinen Arbeitern Frieden geschlossen haben. Herr Klages hatte dieses nicht nötig, er selbst brauchte ja die Unkosten nicht zu zahlen. Die Forderung der hiesigen Arbeiter wurde abgelehnt mit der Begründung, die Arbeit sei zu billig übernommen worden. Herr Klages hat aber selbst bewiesen, daß die Firma die Löhne zahlen kann, wird doch den Ausländern mehr gezahlt, als von den hiesigen Arbeitern gefordert wird. In diesen hohen Löhnen kommen noch die gewaltigen Transportkosten und der Zubehörsatz für die Seelenverkäufer. Von den 100 Hamburger „Arbeitswilligen“, die sich 14 Tage hier auf der Baustelle „geionnt“ haben, kostete der Mann M. 15. Für circa 100 Holländer sind pro Mann M. 20 bezahlt worden. Beide Kolonnen sind längst wieder abgereist, ohne der Firma große Werte geschaffen zu haben. Besonders hat sich beim Streikverlauf eine Kolonne Italiener hervorgetan. Der Leuten wurde Arbeit mit behebender höheren Löhnen nachgewiesen, jedoch waren sie nicht fortzukommen. Circa 1000 Mann sind von den Agenten auf die Weine gebracht worden, jedoch konnten die meisten aufgehalten werden. In der letzten Woche arbeiteten 160 bis 170 Mann, davon 20 Deutsche. Wenn man bedenkt, daß vorher 470 Mann beschäftigt waren, so war eigentlich der Stand des Streiks noch gut zu nennen. Von den Streikenden selbst wird trotz der jungen Mitgliedschaft in den neun Wochen ganze acht Mann umgefallen. Dieses tapferes Verhalten rechtfertigt die Hoffnung, daß auch im Tiefbau bald der Tag anbricht, wo endlich einmal mit dem Herrschaftspunkt der Unternehmer aufgekündigt werden kann. In der letzten Woche waren noch 18 Mann aus unserm Verbande und 32 von den Christlichen ohne Arbeit. Trotz der guten Bauqualität war es nicht möglich, alle Leute unterzubringen. Sobald es die andern Firmen am Kanalbau wagten, Streikende einzustellen, und Herr Klages dahinter kam, wurden sie wieder entlassen. Diese Entlassungen sind zu verstehen, wenn man bedenkt, daß die Firma Held & Franke den andern Firmen auf ihren Geländeanlagen sämtliches Material zuführen muß. Am 3. August wurden zehn Streikende von der Wohnungsgesellschaft entlassen mit dem Bemerken, sich zum Weiterarbeiten die schriftliche Erlaubnis von Herrn Klages zu holen. Herr Klages verweigerte die Beschneidung, die Leute waren gezwungen zu feiern. Wenn die Unternehmer wieder den Ruf: „Schuß den Arbeitswilligen“ ertönen lassen, werden sie jedenfalls diesen Terrorismusfall der Definitivität nicht vorantreiben. Hervorgehoben wollen wir noch, daß das Kanalbauamt auch nicht den geringsten Versuch gemacht hat, die Parteien einander näher zu bringen. Wenn jemals das Schlagwort: „Schuß der nationalen Arbeit“ zur Sprache gekommen ist, dann in diesem Falle. Mögen nun alle Arbeiter aus diesem Kampf die Lehre ziehen, daß es unbedingt notwendig ist, immer mehr Agitation unter den Tiefbauarbeitern und in besonders unter den Ausländern zu treiben.

Gau Erfurt.

In Strichberg a. d. Saale, so schreibt man uns von dort, wo wir im Frühjahr einen Zweigverein gründeten, der jetzt über 100 Mitglieder zählt, ist ganz innerhart ein Kampf ausgebrochen. Systematisch werden hier die Arbeiter, die sich organisieren, gemarkiert. Die hiesige Lederfabrik Knoch & Co., eine Werkfirma mit 800 Arbeitern, unterhält ein wochenlanges Spitzelnetz und der Lederarbeiterverband kann sehr schwer Fuß fassen. Die Zahl der gemarkierten Lederarbeiter wächst täglich, denn die große Masse ist den Organisationsbestrebungen nicht zugänglich, zum Teil sind die Arbeiter auch wirtschaftlich abhängig. Das Wachstum des Bauarbeiterverbandes war der hier allmächtigen Fabrikdirektion schon lange ein Dorn im Auge. Eine gelbe Versammlung folgte der andern. Oftmals waren an einem Sonntag drei gelbe Referenten aus Eisenburg, Gera, Jena, Arnstadt. Aber die Bauarbeiter ließen sich nicht täuschen. Nun versuchte man es auch mit Maßregelung bei den Bauarbeitern. Zunächst verlangte man an einem großen Fabrikneubau zwölf Stunden Arbeitszeit anstatt zehn wie bisher. Wer sich weigerte, länger zu arbeiten, wurde entlassen. Als nun am 8. August abends wiederum sechs unserer Kollegen entlassen werden sollten, weil sie nicht zwölf Stunden arbeiten wollten, legten 37 Kollegen die Arbeit nieder. In der nächsten Versammlung beschloßen nun die Kollegen, nicht früher wieder anzutreten, als bis eine Lohnzulage von 3  $\frac{1}{2}$  (unserer Kollegen sind sehr bescheiden. Die Red.) gewährt würde. Es wird nun an den Kollegen liegen, durch Einigkeit das gestellte Ziel zu erreichen, damit auch hier in dem reichlichen Bezugs endlich andere Verhältnisse geschaffen werden. Bezug ist streng fernzuhalten.

Gau Frankfurt.

Die Mainzer Erdarbeiterbewegung nimmt einen recht günstigen Verlauf. Der sonst so große Widerstand der Unternehmer gegen die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser Berufsgruppe wird durch die gute Konjunktur sehr herabgemindert, wenn nicht ganz beseitigt.

Prinzipien, wie wir sie hin und wieder vom Arbeitgeberbund und besonders von der Schafnacherichtung vertreten und auch in der Tarifrage für die Tiefbauarbeiter noch 1910 versprochen worden sind, sind Nachfragen. Die Unternehmer können auch anders, ja sie — müssen anders handeln, wenn die Verhältnisse stärker sind als die Prinzipien. Ueber den Ausgang der Bewegung bei der Firma Dab-Gonjenstein ist bereits in Nr. 30 des „Grundstein“ berichtet worden. Das Resultat war: zweijähriger Vertrag und 5  $\frac{1}{2}$  Lohnerhöhung, das heißt 5  $\frac{1}{2}$  mehr als der jetzige Lohn der Bauhilfsarbeiter. Als Hauptfirma kommt der Bauunternehmer Behne in Betracht, der die Mainzer Entseignungsarbeiten ausführt. Behne ist Mitglied des Arbeitgeberbundes. Der Arbeitgeberbund lehnte Verhandlungen zunächst ab, weil, wie er sagte, Erdarbeiten in Mainz ortsfest sind und infolgedessen 1910. mit geregelt wären. Die Meinungsverschiedenheiten sollten in einer Schlichtungskommission geregelt werden. Die Sitzung fand am 6. August statt und endigte nach einer längeren prinzipiellen Auseinandersetzung mit dem Angebot, die Löhne bei B. um 1  $\frac{1}{2}$  stündlich zu erhöhen. Die Vertreter unseres Verbandes erklärten ausdrücklich, das Angebot sei ungenügend, jedoch waren auch sie mit einer Vertagung einverstanden, damit die Vorstände Stellung nehmen könnten. Diese Sitzung fand nun am 9. August statt. Wieder ward lange darüber debattiert, ob die Löhne der Erdarbeiter tariflich geregelt sind oder nicht, aber zu einer Festanerkennung es auch hier nicht. Am Schlusse der Verhandlungen boten die Unternehmer 2  $\frac{1}{2}$ . Auch dieses Angebot haben die Kollegen abgelehnt; sie verlangen, die Löhne sollen bei der Firma Behne ebenso wie bei Dab in diesem Jahre um 3  $\frac{1}{2}$  erhöht werden. In der letzten Sitzung wurde die Unternehmer durch die bekannten Wortführer Hauswald, Mainz, und Klüger, Frankfurt vertreten; aber auch sie konnten an den Dingen nichts ändern. Unsere Kollegen mögen heherzigen, daß sich im Tiefbau die Löhne ebenbürtig tariflich regeln lassen wie im Hochbau; soll aber der Unternehmerabsolutismus beseitigt werden, der dem entgegenwirkt, dann ist eine bessere Organisation notwendig. Die Parole muß lauten: Mehr Organisation und mehr Macht! — In Neuhof bei Fulda ist an den Kabinenbauten mit der Firma Sievers, Wienburg a. Harz eine Festanerkennung erzielt worden. Der Lohn der Maurer wurde auf 50  $\frac{1}{2}$  und der für die Hilfsarbeiter auf 41  $\frac{1}{2}$  pro Stunde festgelegt. Auch hier muß die Organisation noch ernsthaft ausgebaut werden.

Gau Magdeburg.

Die Baufirma Weurice in Magdeburg weigert sich noch immer, den Maurern und Bauhilfsarbeitern bei den Arbeiten, die sie auf der Knochenknochenfabrik in Salzweil auszuführen hat, den tariflichen Lohn zu zahlen. Vier Wochen steht die Salzweiler Bauarbeiterschaft schon mit der Firma im Kampfe; jetzt will sie die kämpfenden dadurch niederringen, daß sie Magdeburger Maurer nach Salzweil verschicken will. Die Maurer Magdeburgs werden sich aber dafür bekant, als Streikbrecher nach Salzweil zu gehen, selbst wenn ihnen die Firma goldene Berge versprochen hätte. Will Weurice seinen Verpflichtungen, die er wegen der Fertigstellung der Bauten eingegangen ist, nachkommen, kommt er um die Zahlung des Tariflohnes nicht herum. Der Vorstand des Magdeburger Arbeiterverbandes für das Baugewerbe läßt jedenfalls gut, sein Mitglied darauf aufmerksam zu machen, daß auch außerhalb Magdeburgs Tariflöhne vereinbart sind, und daß Mitglieder des Magdeburger Verbandes, die drauhen in der Probung Bauarbeiten ausführen, die etwa vereinbarten Löhne auch bei diesen Arbeiten zu zahlen haben. — Dem Unternehmer fröme sind die Arbeiter, die er auszuführen hatte, von seinen Bauherren abgenommen und einem kraftreunfähigen Unternehmer übertragen. Damit ist die Sperre gegenstandslos geworden. Die in Betracht kommenden Arbeitsstellen sind dann auch von unsern Kollegen wieder besetzt worden.

Gau Mecklenburg.

Der Streik der Erdarbeiter bei der Firma Tiefmann & Wendland, so schreibt man uns aus Rostock, ist am 5. August beigelegt und die Arbeit am 6. August wieder aufgenommen worden. Die Beteiligten haben mit dem Streikretreter der Firma selbst verhandelt. Der Stundenlohn wurde von 40 auf 48  $\frac{1}{2}$  erhöht; ein Zuschlag für Überstunden, Sonntags- und Nacharbeit wird nicht bezahlt. Geordert wurde 46  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn, Zuschläge für Überstunden 5  $\frac{1}{2}$ , für Nachtarbeit 20  $\frac{1}{2}$ , Sonntagsarbeit 16  $\frac{1}{2}$ , und Wasserarbeit 14  $\frac{1}{2}$  pro Stunde. Bestellt waren an der Lohnbewegung 53 Mann. Organisationsangehörig waren beim Transportarbeiterverband 11, Staats- und Gemeindegewerksverband 7, Fabrikarbeiterverband 3, Gärtnerverband 1, Landarbeiterverband 1 und im Bauarbeiterverband 15 Mann. Von den letzteren war nur einer über ein Jahr, 14 bis zu zwei Wochen organisiert, acht Mann hatten das Eintrittsgeld noch nicht bezahlt. Die Firma ließ 32 Mann von Hamburg kommen, ohne ihnen von der Arbeitseinstellung Mitteilung zu machen; diese weigerten sich deshalb, die Arbeit für den Stundenlohn von 40  $\frac{1}{2}$  aufzunehmen. Zehn Mann reisten am 5. und 22 Mann am 6. August wieder ab. Der Stand des Streiks war gut. Trozdem auf der Baustelle kein Spatenstich ausgeführt wurde, verhandelten eine Anzahl der Beteiligten mit dem Vertreter der Firma auf eigene Hand, deshalb das lästige Resultat. Hätten die Kollegen noch einige Tage mit der Verhandlung gewartet, so wäre die Firma auf Grund der ganzen Verhältnisse gezwungen gewesen, den geforderten Lohn zu bewilligen, zumal eine Konkurrenzfirma für ähnliche Arbeiten schon einen Stundenlohn von 46 bis 60  $\frac{1}{2}$  zahlte. Die Zerrissenheit der Organisationsverhältnisse und andere Ursachen begünstigten den glücklichen Erfolg.

Gau Nürnberg.

In Martreditz, Zweigverein Hof, fanden infolge unserer am 29. Juli eingereichten Forderungen am 8. August Unterhandlungen mit den Unternehmern, die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes Hof sind, statt, die zum Abschluß eines Tarifvertrages führten. Die Arbeitszeit bleibt wie bisher zehn Stunden. Der Stundenlohn wird für Maurer auf 47  $\frac{1}{2}$ , für Hilfsarbeiter auf 36  $\frac{1}{2}$  festgelegt, was eine durchschnitt-

liche Erhöhung des Wochenverdienstes um M. 2,20 bedeutet und den 120 in Martreditz beschäftigten Kollegen eine Mehreinnahme pro Woche von M. 264 bringt. Für Überstunden werden 10  $\frac{1}{2}$  für Nacht- und Sonntagsarbeiten 20  $\frac{1}{2}$  Zuschlag bezahlt. Für Überstundenarbeit ohne Übernachten werden 50  $\frac{1}{2}$  und mit Übernachten M. 1,25 pro Tag vergütet. In allen andern Punkten, auch in der Abblaufzeit, ist der allgemeine Vertrag des Baugewerbes gültig. Mögen unsere Martreditzer Kollegen die kurze Zeit noch dazu benutzen, um ihre junge Organisation zu stärken und besser auszubauen; dann wird auch in nächsten Jahre wieder ein Vertrag mit weiteren Verbesserungen zum Abschluß gebracht werden. — In Bayreuth wurden von der Firma Wölfel am Fabrikneubau deshalb 18 Kollegen entlassen, weil der Baukontrolleur der Firma wiederholt verboten, daß zwei Bausteine in den Aufzug gelegt werden, da, wenn mehr als ein Stein eingelegt würde, die Gefahr des Herausfallens der Steine vorhanden und die durch Gesetz vorgeschriebene Sicherheit verringert würde. Anstatt ihre Materialförderungsanlagen so einzurichten, daß sie dem Gesetz entsprechen und die Arbeiter solchen Gefahren nicht ausgesetzt sind, benutzte die Firma die Entlassung unserer Kollegen als Mittel zum Zweck, nämlich die Einlegung der zwei Bausteine entgegen dem Verbot des Bauaufsehers durchzuführen. Es wurde den Kollegen, die alle bei uns organisiert sind, bei der Entlassung erklärt: „So nun geht zu eurem Vorstand, der soll dafür sorgen, daß wieder zwei Bausteine eingelegt werden dürfen, dann könnt ihr wieder arbeiten.“ Die Firma wollte also unsere Kollegen dazu benutzen, um die Bauarbeiterchuzkowschisten umgehen zu können. Unsere Vertreter bewirkten durch Vorfelldwerden bei der Firma, daß alle unsere Kollegen wieder eingestellt wurden. Eine Schlichtungskommission wird noch weitere Klärung in der Sache bringen.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstagvormittags in unsern Händen sind.

Gau Köln. Mitteilung über den Stand der Organisation im zweiten Quartal. Die Mitgliederzahl ist gegen das vorige Quartal um fast 1200 gestiegen. Sie betrug am Quartalschluß 20 718 gegen 19 564 am Schlusse des ersten Quartals. Am Schlusse des zweiten Quartals 1911 waren es 16 149 Mitglieder. Maurer sind davon 9080, Gipsarbeiter 3202, Erdbauer 537, Friesenleger 331, Gementier 232, Holzer und Steinholzer 98, Stufentauer und Puffer 2174, in andern Branchen 14. Aufgenommen hatten wir 4801, dazu kommen noch 195 Uebertritte vom christlichen Verband; 49 aus andern Bauarbeiterverbänden, 13 vom Fabrikarbeiterverband und 62 aus andern Verbänden, zusammen 519 Uebertritte. Von den 15 vorhandenen Zweigvereinen, die sich in 153 Bezirksstellen und Sektionen gliedern, berichten 17 über die Beitragsleistung. Danach hatten 15 456 Mitglieder ihre Beiträge voll bezahlt, 6555 waren 1 bis 9 Wochen, 632 9 bis 13 und 145 über 13 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande. Zugereist sind 1619 und abgereist 2820 Mitglieder. Ausgeschlossen wurden 4, ausgetreten sind 249 und gestrichen 1709 Mitglieder. Von 662 Mitgliedern konnten keine Nachmeldungen angegeben werden. 229-468 Beitragsmarken wurden verkauft. Im ersten Quartal waren es 86 956 und im zweiten Quartal 1911 rund 108 618 Beitragsmarken. Der Beitragsmarkenverkauf muß allerdings im Laufe des dritten Quartals in vielen Zweigvereinen noch wesentlich gesteigert werden. Soll das erreicht werden, muß die Hausstaffierung und das Baulegitimationssystem besser als bisher ausgebaut werden. An der Zunahme der Mitgliederzahl sind fünfzehn Zweigvereine beteiligt. Die Zweigvereine Gummerbach, Trier und Barmelskirchen haben eine Abnahme zu verzeichnen. In den Zweigvereinen Raimen-Eberfeld und Gien kann von einer Zunahme der Mitgliederzahl auch nicht die Rede sein. Die Zunahme beträgt gegenüber dem ersten Quartal nur vier Mitglieder. Wenn wir die Mitgliederzahl mit der am Schlusse des vierten Quartals 1911 vergleichen, so ist sogar ein erheblicher Mitgliedererfolg festzustellen. Zurückgeführt wird die geringe Zunahme auf die schlechte Bauqualität. Dagegen ist in den Zweigvereinen Coblenz und Düsseldorf trotz schlechter Bauqualität die Mitgliederzahl gestiegen. Dieser Erfolg ist zweifellos auf vermehrte Agitationsstätigkeit zurückzuführen. — Im übrigen ist die Bauqualität nur in einem Zweigverein, in Düren, gut, in zwölf mittelmäßig und in fünf Zweigvereinen schlecht. Im allgemeinen hat sich die Bauqualität gegenüber dem ersten Quartal verbessert. Eine Verbesserung für das dritte Quartal ist nicht zu erwarten. Erwähnen wollen wir noch, daß der Lokalkonflikt in den Zweigvereinen von M. 110 936,04 im ersten Quartal auf M. 126 205,62 am Schlusse des zweiten Quartals gestiegen ist. Wenn nun auch die Entwidlung der Mitgliederzahl unsere Erwartungen nicht entspricht, so kann uns inmitten der dritten Quartal noch erheblichen Zuwachs bringen, wenn alle Zweigvereine nochmals kräftig in der Agitation zu fassen. Jede Zweigverein darin sein Bestes leisten.

Gau Nürnberg. Während wir im Vorjahre in unserm Gau fast in sämtlichen Zweigvereinen und Orten durchweg eine gute Konjunktur hatten, machte sich schon mit Beginn dieses Jahres ein Abflauen des Geschäftsganges bemerkbar, der auch bis zum Schlusse des zweiten Quartals den Höhepunkt der Konjunktur des Vorjahres nicht wieder erreichte. Soweit sich auf Grund fortlaufender Beobachtungen, insbesondere der eingereichten, Aufgehende, eine Prognose aufstellen läßt, darf mit ziemlicher Bestimmtheit angenommen werden, daß der Geschäftsgang noch weiter abflauen und noch mehr Mangel an Arbeitsgelegenheit ein-

treten wird. Nur in einzelnen Zweigvereinen, wie Schweinfurt und Seib sowie noch einiger kleinerer Orte, ist die Bautätigkeit besser als im Vorjahr; an allen andern Orten ist der Beschäftigungsgrad gesunken, besonders aber in den größten Orten des Landes, in Nürnberg, die Arbeitslosigkeit ganz besonders groß, so daß sich eine stets wachsende Arbeitslosigkeit, besonders unter den ungelerneten Kollegen, bemerkbar macht. Dieser Umstand bleibt auf das Organisationsleben in unserm Gau nicht ohne Einfluß, ganz besonders bildet er ein Hindernis in der Agitation, ganz besonders im Beginn der Bautätigkeit um, die vom Organisationsleben noch nicht vollständig durchdrungenen Mitglieder zu halten und auch bei dem flauen Geschäftsgang neue Mitglieder zu gewinnen. Durch gesetzliche Agitationsveranstaltungen, Bauen- und Hausagitation wurden die Zweigvereine in ihrer zum Teil sehr rührigen Arbeit bei der Werbung neuer Mitglieder vom Gauborstand unterstützt. Wenn man die Lage des Arbeitsmarktes und die gegen 1911 zweifelslos niedrigere Beschäftigungszahl berücksichtigt, kann man mit dem Erreichten zufrieden sein. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des zweiten Quartals 15 554. Dies bedeutet, die am 1. Januar übergetretenen 1000 Stuttureure mitgerechnet, gegenüber dem selben Quartal des Vorjahres (18 415) eine Zunahme von 2139 Kollegen. Die Zahl der Zweigvereine stieg von 36 auf 40. Neugegründet wurden Weiden, Windsbach, Schichtel und in letzter Zeit noch Waldhausen, beides christlich-nationale Hochvereine, erst in diesem Jahre Fuß fassen und Organisationen errichten, die auch künftig die nachschaffliche Unterstützung von Seiten des Gauborstandes erfordern. Die größten Erfolge hat gegen das zweite Quartal 1911 der Zweigverein Kulmbach aufzuweisen, ihm folgten Gorbis, Schweinfurt, Bamberg, Forchheim, Hof und Ansbach. Während acht Zweigvereine einen Verlust von 203 Mitgliedern aufweisen, hatten die übrigen Orte alle eine Zunahme der Mitgliederzahl. Die drei größten Orte, Nürnberg, Würzburg und Regensburg, hatten allerdings keine wesentliche Zunahme. Bringt man die Mitgliederzahl sogar geringer als im Vorjahr, was zweifellos auf den schlechten Geschäftsgang dieser Städte zurückzuführen ist. Mit der Zahl der Mitglieder steigt auch der Einfluß der Organisation auf die Gestaltung der Arbeits- und Lebensverhältnisse, besonders an Orten, wo die Organisation erst gegründet werden mußte, macht sich der Drang nach Verbesserung der Verhältnisse unter den Kollegen geltend und in den meisten Fällen wird versucht, eine Verbesserung auch auf das Spiel zu stellen, womit das Erreichte nicht selten auf das Spiel gebracht wird. Wer auch hier ist es gelungen, dem Verlangen der Kollegen nach Möglichkeit zu entsprechen und Verbesserungen zu schaffen; in verschiedenen Fällen wurden sogar Verträge zum Abschluß gebracht. Hat uns das zweite Quartal dieses Jahres gegenüber dem ersten eine Steigerung der Mitgliederzahl um rund 1000 Kollegen gebracht, so muß es uns erst recht im dritten Quartal, wo die Arbeit im vollen Gange ist, möglich sein, unsere Reihen weiter zu stärken. Wenn jedes Mitglied seine agitatorische Kraft ausnützt und mit neuem Mut an die Werberarbeit geht, so werden wir auch noch im dritten Quartal schöne Erfolge haben.

**Cöln.** (Halbjahresbericht.) Am Schluß des vorigen Jahres sprachen wir den Wunsch aus, daß sich alle Mitglieder des Verbandes ihrer Aufgabe im neuen Jahre bewußt sein möchten, damit das, was im ersten Jahre des Bestehens der Einheitsorganisation begonnen worden ist, weiter gefördert würde. „Vorwärts! Niemals rückwärts!“ lautete die Parole. So ist es auch gekommen. Der feineswegs strenge Winter und eine ziemlich rege Bautätigkeit machten die Agitation schon frühzeitig erfolgreich. In den ersten Tagen des März fand eine größere und gut besuchte Funktionssitzung statt, die sich in eingehender Weise mit einer großzügigen Frühjahrsagitation beschäftigte. Einmütig war man der Überzeugung, daß hauptsächlich in diesem Jahre — dem letzten vor dem Vertragsabschluss — in durchgreifender Weise auf die Stärkung des Verbandes hingewirkt werden müßte. Der Vorstand wurde denn auch beauftragt, werts Herbeiführung dieses Zieles kein Mittel zu scheuen. Ihm wurde ferner aufgegeben, noch möglichst in diesem Jahre dahin zu wirken, daß in den Berufsgruppen und Gebieten des Zweigvereins, wo bisher noch unregelmäßige Verhältnisse existieren, eine Regelung und Verbesserung herbeigeführt werde. In diesem Sinne hat die Leitung des Zweigvereins ihre Tätigkeit entfaltet. Was zunächst die Agitation betrifft, so fanden außer den Mitgliederversammlungen eine große Anzahl öffentlicher Versammlungen und Vortragsabende statt, worin auf die Notwendigkeit des immer festeren Zusammenchlusses der Bauarbeitgeber hingewiesen wurde. Außer dem Flugblatt vom Gauborstand wurden eine große Anzahl sogenannter Agitationsbriefe vom Gauborstand und fünf Flugblätter vom Zweigvereinsvorstand herausgegeben. Ingesamt kamen in dem verflorenen halben Jahre 32 000 Flugblätter und 34 000 Zirkulare und Versammlungseinladungen zur Verteilung. Von letzteren wurden rund 24 000 auf dem Bureau angefertigt. Der Erfolg dieser und der Arbeit einer nicht kleinen Anzahl anderer Verbandsmitglieder auf den Arbeitsplätzen war, daß bis jetzt dem Zweigverein ohne die Kollegen vom Stuttureurverband, die mit 348 übertraten, 3 067 neue Mitglieder, gegen 2106 in derselben Zeit des vorigen Jahres, zugeführt wurden. Leider entspricht der wirkliche Mitgliederbestand von 5858 nicht dieser gewaltigen Zahl von Neuaufnahmen. Die Fluktuation ist eben noch ungeheuer groß. Auf diesen Umstand haben wir bereits des öfteren an dieser Stelle hingewiesen, Versammlungen und Flugblätter aufmerksam gemacht, leider nicht mit dem gewünschten Erfolg. Noch in unserer letzten Generalversammlung am 28. Juli kam dieses Uebel zur Sprache. Es wurde neben einem gut funktionierenden Baulegitimationwesen eine andere Form der Einklassierung als notwendig bezeichnet und die Freistellung von Kollegen auf diesem Wege vorgeschlagen. Was nun das letztere anbelangt, so ist ja wohl richtig, daß in einer ganzen Anzahl Organisationen und Orten ein solches System besteht. Auch in unserm Verband gibt es wohl einige Zweigvereine, die dieses eingeführt haben. Als Mittel soll man es aber

jedenfalls nicht betrachten. Für größere und engagierter gestellte Zweigvereine dürfte zwar ein solches System wohl keine höheren Kosten bringen, als das ohnehin der Fall ist, vorausgesetzt, daß man dafür die richtigen Personen hat. Aber das allein ist hierbei nicht maßgebend, es kommt dabei noch wesentlich in Betracht, wie die Mitglieder im allgemeinen die Sache beurteilen, und ob die nötige Vorbildung dafür überall vorhanden ist. Und diese dürfte mancherorts noch sehr zu wünschen übrig lassen; wenigstens in unserer Versammlung kam das zum Ausdruck. Es wird daher nach wie vor die Aufgabe sämtlicher Verbandsmitglieder sein müssen, mit allen nur erdenklichen uns zu Gebote stehenden Mitteln für die größte Disziplin und Stabilität im Verband einzutreten. Lassen wir auch hierbei das Sprichwort gelten: „Alles, was Beste zunicht, braucht Zeit, sich zu gestalten.“ In Bewegungen war das befohlene halbe Jahr sehr reich. Zu Arbeitseinstellungen kam es in 32 Fällen, wovon es sich in 24 Fällen um die Durchführung tariflicher Bestimmungen handelte. In sieben Fällen bildete die Aufregung und schlechte Behandlung die Ursache, und in einem Falle handelte es sich um neue Forderungen. Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen wurden vier geführt. Ingesamt wurde für 337 Kollegen eine Arbeitseinstellung für Pro Woche von 987 Stunden und für 1025 Kollegen eine Lohnherabsetzung von 8406 herbeigeführt. Im Mittelpunkt der Bewegungen stand das Tiefbaugewerbe. Durch die bisherigen Bewegungen ist es hier noch nicht gelungen, zu geregelten Verhältnissen zu kommen. Das Bestreben der Organisation wird es sein, in Zukunft noch nachdrücklicher für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Tiefbauarbeiter einzutreten. Die Folierebewegung ist bekanntlich noch nicht abgeschlossen, und es wird da wohl schwerlich ohne Kampf zu geregelten Verhältnissen kommen. — Der Beitragsmarkenumsatz betrug insgesamt 93 588 gegen 85 093 in den beiden Quartalen des Vorjahres. Also ein Mehrumsatz von 28 493 Beitragsmarken. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß die Stuttureure ja in diesem Jahre mitzählen. Inmierhin beträgt dennoch der Mehrumsatz über 23 000 Beitragsmarken. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse betrug während dieser Zeit 65 195,85 gegen 44 600,45 im Vorjahr. Davon wurden an diese in der Gesamtheit 29 469,86 gegen 15 059,76. Die Restkasse hatte ohne Restenbestand eine Einnahme von 28 093,05 gegen 20 776,57. Die Ausgabe betrug 21 948,56 gegen 17 470,14. Der Restbestand der Restkasse erhöhte sich seit 1. Januar d. J. von 24 240,46 auf 30 489,95, also um 6 249,49. — Alles in allem genommen sind wir im verflorenen halben Jahre wieder einen tüchtigen Schritt vorwärts gekommen. Die Vorbereitungen zu einer weiteren Stärkung des Verbandes sind gegeben, indem die Wirtschaftslage im hiesigen Baugewerbe zwar vielleicht ein etwas langwieriges Tempo, aber keine Verschlechterung erfahren dürfte, und noch immer eine anscheinliche Zahl Inorganisierten, namentlich im Tiefbau und im Betongewerbe, vorhanden ist. Deswegen im dritten Quartal noch einmal tüchtig nachgegriffen, damit sich auch dieses den vorhergehenden an die Seite stellen kann.

**Dortmund.** Im Anfang des Jahres hatte es den Anschein, als ob hier sehr viel gebaut werden sollte, doch die Bergarbeiterbewegung brachte, besonders in den Landorten, die Bautätigkeit sehr zum Stoden. Die in Aussicht genommenen Koloniebauten wurden erst im Juni und Juli in Angriff genommen. Zwischen Ostern und Pfingsten war der Zugang sehr stark, daher waren viele Kollegen arbeitslos. Gegenwärtig ist eine einigermaßen gute Konjunktur. Die Bauarbeiten, und speziell die Industriellen, befolgen den Wunsch des Arbeitgeberbundes, noch in diesem Jahre die dringenden Arbeiten fertigstellen zu lassen, da 1913 das Baugewerbe infolge der Tarifbewegung wahrscheinlich längere Zeit ruhen würde. Im ersten Halbjahr sind im Zweigvereinsgebiet 988 Kollegen eingetreten und von andern Verbänden übergetreten. Zugereist sind 352 Kollegen, abgereist 455, ohne Anmeldung fortgezogen 640 Kollegen. Letzteres ist ein Uebelstand, der beseitigt werden muß. Beim Antritt der Stuttureure traten, mit einzelnen Ausnahmen, alle Stuttureure zum Bauarbeiterverbande über. Die gegenwärtige Mitgliederzahl beträgt 2335. Gätten wir unter altes Zweigvereinsgebiet noch, so betrug die Mitgliederzahl jetzt 2700. Im Interesse des Verbandes ist die Zahlstelle ferner an das Zweigvereinsgebiet Senn abgetreten worden; die Zahlstellen Kamen, Berne a. d. Ruppe und Künste an Hamm. Das Zweigvereinsgebiet umfaßt außer der Stadt noch 13 Zahlstellen. 12 Stipendien der Schlichtungskommissionen waren notwendig, um die Unternehmern zu veranlassen, die Vertragsbestimmungen einzuführen. Leider wird auch heute noch in einzelnen Orten (Kamp) die Arbeitszeit von zehn Stunden nicht eingehalten; die Kollegen sind noch nicht richtig von dem Wert der Verkürzung der Arbeitszeit überzeugt, von dem Wert sie mehr Gewicht auf die Einhaltung der Arbeitszeit legen. Zweimal ist es zur Arbeitsniederlegung gekommen, und zwar am Tunnelbau bei Hofmeier, wo unsere Kollegen, wie die Bergarbeiter, die achtstündige Arbeitszeit haben wollten. Werden da sich etliche Ausreißer fanden. Dazu kam noch eine Kolonne Italiener, die nicht abzugeben war. Wegen Entlassung des Baulegitimationen, der dem Unternehmer Kölsch die vorhandenen Mithände betrug, legten sämtliche Kollegen die Arbeit nieder. Die Sperre dauerte nur einen halben Tag. Kölsch stellte den Delegierten wieder ein und auch die Mithände sollten beseitigt werden. 76 mal wurde der Vorsitzende des Zweigvereins gerufen, um auf Bauten hingewiesen zu werden, Differenzen zu regeln. In den Zahlstellen wurden insgesamt 48 Verträge gehalten. Um eine rege Agitation unter den Bementarbeitern zu entfalten, wurde ein Kollege mit der Agitation betraut. Es haben 12 Baulegitimationen und Versammlungen stattgefunden. Eine große Anzahl Bementarbeiter ist der Organisation beigetreten. Alle Kollegen müssen nun mitarbeiten, damit wir auch in den Betonbetrieben festen Fuß fassen. Sind doch an den Betonbetrieben die Verhältnisse im allgemeinen noch sehr traurig. Die Arbeitszeit wird bis ins unendliche ausgedehnt. Trotzdem die Arbeiter unter dem Vertrag fallen, hält es noch schwer, die Betonmeister, die sich als große Herren ausgießen, an Ordnung zu gewöhnen. Die Foliere alle für die Organisation zu gewinnen, hält schwer. Mit der Firma Rheinhold wurde ein Vertrag abgeschlossen,

der den Foliereern große Vorteile bietet. Hoffentlich erkennen die Foliereer dieses an und stärken ihre Organisation, damit auch der Vertrag bei den andern Firmen eingeführt werden kann. Im allgemeinen sind wir im ersten Halbjahr 1912 wieder im Stand vorwärts gekommen. Wenn alle Kollegen tüchtig an dem Ausbau der Organisation mitarbeiten, können wir getroßt dem Jahr 1913 entgegengehen. Am Beitragsmarkenumsatz wurden in dem Halbjahr 30 663 Stück an die Mitglieder betragen. Die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse betrug 24 195,25, die Einnahme (mit dem Bestand) der Restkasse 439 317,68, ihre Ausgabe 4973,00; der Restkassenbestand am Schluß des zweiten Quartals betrug 29 344,56.

**Dresden.** (Quartalsbericht.) Am 30. Juli wurde über die Geschäftsführung und die Abrechnung berichtet. Kollege Ritter teilte mit, daß in dem finsternen Winkel im Erzgebirge die Organisation Fuß gefaßt hat und daß eine Lohnbewegung, die mit einer Lohnherabsetzung und einer Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Tag endigte, durchgeführt worden ist. Durch die starke Bautätigkeit häuften sich die Arbeiten im Bureau und die Differenzen auf den Bauten. Die Mitgliederzahl ist von 12 622 am Schluß des ersten Quartals auf 14 583 gestiegen. Davon sind 7284 Hilfsarbeiter, 7071 Maurer, 113 Stuttureure, 69 Foliereer und 46 Foliereleger. Soll bezahlt waren 11 254 Mitglieder, 1 bis 9 Wochen im Rückstand hatten 3051, 10 bis 15 Wochen 213 und über 13 Wochen 65. Neuaufnahmen hatten wir 1490, Uebertritte aus andern Verbänden 823, zugereist sind 711 Mitglieder, abgereist 257, in andere Verbände übergetreten 176, gestrichen 142, ausgetreten 9, ausgeflogen 3 und gestorben 32. Demnach haben 430 Mitglieder ihre Uebernahme oder ihren Wohnortwechsel nicht gemeldet; sie sind auch nicht gezahlt worden. Differenzen waren 163 zu erledigen. Für die Foliereleger ist ein neuer Tarif mit einigen Verbesserungen abgeschlossen worden, nach dem sich auch die Maurer, wenn ihnen solche Arbeit angeboten wird, in Zukunft richten mögen. Die Unternehmer sind aufs eifrigste bemüht, die Arbeiter vor Ablauf des Tarifvertrages möglichst fertigzustellen; daher verlangen sie öfters Ueberstunden. Diese müssen von unsern Kollegen in allen Fällen abgelehnt werden, bevor nicht von der Leitung die Zustimmung erteilt worden ist. Den Kassierbericht gab Kollege Bürger. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse betrug 111 973,55. Beitragsmarken sind 170 997 umgelegt worden. Die Restkasse hat eine Einnahme von 46 632,89 und eine Ausgabe von 28 930,48; demnach steigt der Restkassenbestand auf 226 114,58. Nach einigen Richtigstellungen wurde dem Kassierer einmütig Entlastung erteilt. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß eine strenge Büchertontrolle auf den Bauten notwendig ist, um nicht Berliner Zustände von den Berliner Zugereisten einbringen zu lassen. Die Beschwerdeformalmission berichtete, daß nur eine Beschwerde vorgelegen hat, die aber nach ihrer Prüfung als unberechtigt zurückgewiesen werden mußte. In den Kartellberichten mußte sich eine rege Debatte über die Gründung einer Zentrallibothek. Man sollte noch einige Bedingungen, stimmte aber im Prinzip der Errichtung zu.

**Duisburg.** (Halbjahresbericht.) Am Schluß des ersten Quartals d. J. machte sich ein wesentliches Nachlassen der Arbeitslosigkeit in unserm Zweigvereinsgebiet bemerkbar. Mit Ausnahme von zwei Orten: Linfort und Hochemmerich-Friemersheim, wo die Bautätigkeit wieder lebhafter wurde, hat die allgemeine Flaue auch bis zum Schluß des zweiten Quartals angehalten. Besonders minimal war die Bautätigkeit in Duisburg, Somburg und Moers. Während in Duisburg in der Zeit von Januar bis Juni 1911 in 347 Fällen die Erlaubnis zur Errichtung von Wohngebäuden erteilt wurde, betrug die Zahl im gleichen Zeitraum dieses Jahres nur 282, also 85. Bauerlaubnisse weniger. Weitere Bauarbeiten waren im ersten Halbjahr 4 öffentliche Gebäude, 14 gewerbliche Anlagen und 294 Um- und Umbauten. Die gewerblichen Anlagen sind in den meisten Fällen kleinere Unternehmen und Erweiterungsbauten auf den schon bestehenden Werken. Die Zahl der Baugesuche in der Stadt M o e r s betrug in der Zeit von Januar bis Juli d. J. für Wohn- und Geschäftsbauten 3, Wohnhausneubauten 18, gewerbliche Neubauten 3, Stall- und Scheunenneubauten 4, Wohn- und Geschäftshaus- und Umbauten 3, gewerbliche Um- und Umbauten 2, sonstige kleinere Bauten 14, zusammen 47 Baugesuche. In S a m b o r n, woselbst der Baumarkt schon seit Jahren vollständig von der Großindustrie beherrscht wird, werden mehrere Häuserblocks, sogenannte Koloniebauten, ausgeführt, und wenn nicht alles trägt, werden wir in diesem Bezirk vor Ablauf der nächstjährigen Lohnbewegung eine Verbesserung der Arbeitslage im Baugewerbe kaum zu erwarten haben. Wenn auch die Arbeitslosigkeit im allgemeinen nur als mittelmäßig zu bezeichnen ist, so ist trotzdem die Weiterentwicklung unserer Organisation nicht aufgehalten worden. Die Mitgliederzahl betrug im ersten Halbjahr 1912 1888 (1422). (Die in Klammern gesetzten Zahlen beziehen sich auf das erste Halbjahr 1911.) Die Zunahme beträgt 466 Mitglieder. Neuaufgenommen wurden im gleichen Zeitraum 997 (888), das betrug 27 741 (19 004), mehr 8737. In die Hauptkasse wurden eingekandt M. 13 141,37 gegen M. 9356,96 im gleichen Zeitraum 1911. Das ist ein Mehr von M. 3784,41. Neben den Sektionen der Foliereleger (38 Mitglieder), Foliereer (10 Mitglieder) bildete sich in der Bezirksliste noch die Sektion der Stuttureure und Puhler. Ingesamt sind in unserm Zweigverein dem Verbande 147 Stuttureure und Puhler angeschlossen. Davon entfallen auf die Sektion Duisburg 109, die übrigen verteilen sich auf die einzelnen Zahlstellen. Zweifelslos würde die Zahl der Organisierten in ganzen Zweigverein größer sein, wenn vor der erfolgten Verschmelzung des Zentralverbandes der Stuttureure und Puhler mit dem deutschen Bauarbeiterverband von allen beteiligten Kollegen der im Jahre 1910 zu zahlende Extrabeitrag entrichtet worden wäre. Es muß nun Aufgabe unserer Kollegen im Baugewerbe sein, dafür zu sorgen, daß die abgebrungenen Berufs Kollegen wieder gewonnen werden. Wenn auch die Gesamtentwicklung unserer Organisation im ersten Halbjahr als zufriedenstellend bezeichnet werden kann, so müssen doch auch weiterhin unsere Kollegen auf dem Posten sein. Wissen wir doch, was uns in den nächsten Monaten bevorsteht. Die Unternehmer rufen zum Kampf für das Jahr 1913. Wir wollen nicht müßig sein, sondern weiterhin agitatorisch wirken, damit uns unsere Gegner gewappnet finden.

**Gründungs- (Situationsbericht).** Schon im September 1911 lebte hier eine starke Arbeitslosigkeit ein, die auch in diesem Jahre, allen guten Hoffnungen zum Trotz, nicht besser wurde. Im ersten Quartal 1912 war die Arbeitslosigkeit außerordentlich stark. Von 592 Befragten waren am 30. März 272 arbeitslos. Und diese Arbeitslosen wohnen fast ausschließlich in Graubund außer den Zahlstellen. Wie groß der Unterschied im Verhältnis zum zweiten Quartal des vorigen Jahres ist, erkennt man, wenn man die Einnahmen vom zweiten Quartal 1911 denen des zweiten Quartals 1912 gegenüberstellt. Die Einnahme des zweiten Quartals 1911 betrug M 5195, die Einnahme im zweiten Quartal 1912 M 3052,10 für die Hauptkategorie, im zweiten Quartal von M 2144,90. In den Zahlstellen, wie z. B. Kuttm, Schwab, Neuenburg, war die Arbeitslosigkeit etwas besser; doch auch hier wird es jetzt allmählich schlechter. Das dritte Quartal 1912 scheint, wenigstens für Graubund, keine Besserung bringen zu wollen. Unter dieser Arbeitslosigkeit haben unsere alten sowie jene Kollegen, die für die Durchführung des Vertrages sorgen, ganz besonders schwer zu leiden. Man sieht sie von einer Baustelle zur andern, ohne daß sie Arbeit erhalten. Es gibt jetzt noch Kollegen, die durch irgendwelche Verhältnisse an den Ort gefunden, noch heute arbeitslos unterhalten. Wir können ruhig sagen, daß das Jahr 1912 dem Preisniveau von 1908 in keiner Weise nachsteht. Und diese Gelegenheit benutzen die Christlichen, um in Graubund den Einzug zu halten. Ganz besonders hervorgetan hat sich hierbei der Bezirksleiter Schönfels aus Königsberg und der Malermeister Goldbad von hier. Unsere Kollegen werden vom Kolier Baumann beim Unternehmer Allmann noch mehr eingeklinkt, nachdem Christliche von Allenstein nach Danzig nach hier beordert waren. In einer Schlichtungskommissionierung wurde dem Unternehmer sowohl von den Christlichen der Standpunkt klar gemacht, und die hohen Ausbehalten mussten wieder verschwinden, so gerne sie auch hier geliebt wären. Natürlich hätten die Unternehmer hier gern eine zweite Organisation, mit deren Hilfe sie die unerhörten Forderungen der bösen Notentwürde drängen könnten. Gelegentlich einer Zusammenkunft der Unternehmer Westpreußens in Danzig im Jahre 1910 sagte Herr Butke, der Vorsitzende der Unternehmer von Graubund: „Wir müssen danach trachten, daß die Christen auch dort, wo sie noch nicht sind, einzuführen, weil wir Unternehmer dadurch Vorteile haben.“ So werden die Christlichen als die Helfer in der Not hingestellt. Wir wissen auch, daß in Graubund die Christlichen mit dem Vorhaben der Unternehmer geheime Unterredungen hatten. Das muß nicht alles richtig, die Graubund Bauarbeiter haben mehr als einmal bemerkt, daß sie sich in ihrer Organisation wohl fühlen, und nach wie vor werden wir alles aufbieten, um unsere Organisation auf der Höhe zu halten. Trotz all dieser nicht erfreulichen Erscheinungen und trotzdem sich gut 100 Kollegen abgemeldet haben, um anderweitig Arbeit zu suchen, ist die Zahl der Mitglieder stabil geblieben. Einen schönen Erfolg haben wir in Briefen in Westpreußen. Jahreslang haben wir dort gearbeitet, immer vergebens; aber mit der Zeit konnte doch die Saat auf, und heute haben wir dort eine Zahlstelle von 52 Mitgliedern und haben ohne Arbeitsleistung einen schönen Erfolg erzielt. Am 2. Juli haben wir dort einen Vertrag abgeschlossen, der für die Maurer eine Lohnerhöhung bis zu 10 1/2 pro Stunde vorbestimmt. Statt früher 35 bis 38 s, gibt es heute 45 s, hat der ständige Lohn ist heute die zehnständige Arbeitzeit eingeführt. Gut entwickelt haben sich die Zahlstellen Kuttm a. d. W., Schwab, und in letzter Zeit Briefen. In diesen Orten — es sind Städte bis 10 000 Einwohner und darüber — hatten wir bis vor kurzer Zeit keine Tarifverträge, heute sind sie mit in die Reihe der Vertragsgebiete gerückt, heute haben wir dort einen guten Stamm Kollegen, der uns zu guten Hoffnungen Anlaß gibt. In nächster Zeit werden wir auf Neuenburg und Umgebung unser Augenmerk richten. Wenn wir dort auch schon eine Anzahl Kollegen organisiert haben, so ist die Zahl 25 der Organisierten zu den etwa 150 in den Dörfern um Neuenburg herum ansehnlichen Mauern kein Verhältnis. Auch dort müssen wir in absehbarer Zeit zu einem Vertragsverhältnis kommen, wenn wir in den größeren Städten in der Umgebung mit dem Lohn nicht unter die Mäcker kommen wollen. Besonders geplagt waren in den letzten Jahren unsere Kollegen in Marienwerder von den Kollegen aus dieser Gegend, die für niedrigen Lohn arbeiten. Nach Graubund direkt kommen diese seit langen Jahren nicht mehr. Und dazu hat allein die Organisation beigetragen. Jahreslang haben wir uns alles Schädliche vom Leibe gehalten und unsere Organisation gestiftet. Wenn das manchmal auch mit recht schweren und für manchen Kollegen recht empfindlichen Umständen verbunden war. Und so soll es, so muß es bleiben, in Graubund und in der ganzen Umgebung. Die letzten uns noch fernstehenden Kollegen sollen und müssen für unsere Organisation gewonnen werden. Deshalb sollte jeder Kollege jede freie Zeit, die ihm zur Verfügung steht, in den Dienst unserer guten Sache stellen. Nun wir dieses alle ohne Ausnahme, dann mögen die Kollegen von allen Seiten kommen, wir sind dann stets bereit, unsere Gegner entgegenzunehmen. Ihr kennt uns, doch ihr winaht uns nicht! Unser die Welt, trotz allem!

**Königsberg i. Pr.** Die hiesige Zeitung des christlichen Verbandes kann die schöne Zeit gar nicht vergessen, wo die Unternehmer für sie unter Anwendung des größten Terroris die Beiträge eintrieben. Seitdem sie selbst etwas tun und agieren muß, ist es mit ihrer Mitgliederzahl ständig bergab gegangen. An neuen Mitgliedern bekommen sie in der hiesigen nur das, was bei uns ausgeschrieben wird. Sie zählen hier nur noch ein Rückertsgeld und haben jeden Kredit verloren. Nach ihrem ganzen Verhalten mußte diese Mitgliederbeschwindigkeit kommen; dafür wird aber bei jeder Gelegenheit der angebliche Terrorismus unserer Kollegen angeführt, der in Wirklichkeit nur in den Köpfen der christlichen Leiter existiert, — es gibt ja Leute die an Verfolgungswahn leiden. Um das keine Häuflein Mitglieder, die auch sehr manntunfähig sind, noch länger an die christliche Fahne zu fesseln, werden sie dann bei jeder Gelegenheit darauf verpflichtet, daß sie im Kampfjahr 1913 wieder groß und der Zeitliche Bauarbeiterverband ganz klein werden wird. Ein sehr schöner Wunsch, der sich nur erfüllen wird. Daß wir von unsern christlichen Brüdern hier nichts Gutes zu erwarten haben, hat uns Lieblich mit seiner „praktischen Gewerkschaftsarbeit“ in Cranz, mit der er in

Mr. 32 der Baugewerkschaft“ voranmietet, gezeigt. Wir wollen diese etwas näher beleuchten. In dem Baderort Cranz hatten die Christlichen im vorigen Herbst einige Mitglieder. Diese traten aber bald zum größten Teil zu uns über; einige zahlten und traten im Frühjahr über vier liegen das christliche Buch verfallen und blieben nicht. Es gelang uns, erst zwei davon in letzter Zeit zu organisieren, so daß noch zwei unorganisierte vorhanden waren. Vom christlichen Verband ist dann noch im Frühjahr einmal jemand dort gewesen und hat auch mit den Unternehmern wegen Lohnverhöhung gesprochen. Als die Unternehmer 2 1/2 Erhöhung versprochen, hat sich dann in einem halben Jahre keiner von der Leitung mehr sehen lassen; es war auch nicht nötig; denn Mitglieder waren, nachdem die Lohnverhöhung so großartig erwidert war, keine mehr da. Wir hatten nun in diesem Sommer in allen Baderorten des Samlandes eine Lohnbewegung, und es gelang uns überall, neben 8 bis 10 1/2 Lohnverhöhung auch sonstige Verbesserungen tariflich festzusetzen. Nur in Cranz standen die Löhne nach Regelung durch den christlichen Verband bis 10 1/2 pro Stunde niedriger. Die Kollegen beauftragten uns nun, denselben Tarif auch den Cranzern Unternehmern einzuzureichen. Nicht ein Unternehmer antwortete, weshalb unsere Kollegen am 29. Juli in den Streit eintraten. Der Streit klappte sehr gut, und die Unternehmer waren ziemlich verblüfft. Jetzt erschien mit einmal Herr Lieblich vom christlichen Verband in Cranz. Trotzdem er dort nicht ein einziges Mitglied hatte, schloß er mit drei Unternehmern unsern eingereichten Vertrag ab und verpackt, christliche Maurer nach dort zu schicken. Mit den Unternehmern hat er vereinbart, daß die Cranzner Maurer nunmehr alle Mitglieder des christlichen Verbandes werden müssen. Dafür bedankten sich die Cranzner Kollegen aber bestens. Nun haben die Christlichen auf unsere Kosten in Cranz einen Tarif, die Unternehmer haben aber keine Maurer, und Lieblich hat gleich das Verbandsmaterial des christlichen Verbandes, das dort unbenutzt über ein halbes Jahr gelagert hat und wohl schon verfallen war, mitgenommen. Wie Lieblich mitteilte, hat er dieses alles gelegentlich eines Abbes gemacht, das er in Cranz nahm. Er hat also hierbei wohl noch seine Diäten gerettet. Diese Gelder nennt Lieblich dann „praktische Gewerkschaftsarbeit des christlichen Verbandes“, die jeden einsichtigen Maurer zwingen muß, Mitglied im christlichen Verband zu werden. O, saecula saeculorum!

**Strasburg.** In der Veranlassung am 31. Juli gab Kollege Sponholz einen Bericht über die Verhältnisse im Reich, Erd- und Tiefbaugewerbe. Bei einer Kontrolle wurde festgestellt, daß insgesamt 119 Arbeiter in diesen Berufen beschäftigt sind. Von ihnen sind nur 19 organisiert, und zwar hier im Bauarbeiterverband, zehn im Fabrikarbeiterverband, vier im Transportarbeiterverband und einer im Metallarbeiterverband. Alle übrigen sind unorganisiert. Die Arbeitszeit beträgt für 55 Arbeiter täglich zehn Stunden, für 47 zehneinhalb und für 17 elf Stunden. Lohn erhielten: 39 Arbeiter 40 s, 56 35 s, 5 27 s, 12 35 s und 7 30 s. Außerdem hatten vier Zimmerer, von denen zwei organisiert und zwei unorganisiert sind, 60 s Stundenlohn bei zehneinhalbiger Arbeitszeit. Den niedrigsten Stundenlohn und die längste Arbeitszeit hatten auffallend werden. Sieben Arbeiter machten Lebensfragen, wofür 2 s extra gezahlt wurden. Kollegen, hier gilt es, einzugreifen und unsere Organisation mehr Mitglieder zuzuführen! Vor allem ist es notwendig, den Kollegen in der Agitationskommission Adressen von Nichtorganisierten zu übermitteln, damit die Kommission in Funktion treten kann. Wenn jeder Kollege hierbei mitarbeitet, muß es uns gelingen, auch den letzten Berufs Kollegen für die Organisation zu gewinnen.

**Druckereibericht.** In dem Artikel „Pommersche Gelden von Kr und Galm“ in der letzten Nummer ist durch ein Versehen in der Druckerei zwischen der 28. und 29. Zeile von unten (erste Spalte) eine volle Zeile herausgefallen, wodurch der Sinn zweier Sätze völlig zerstört worden ist. Wir geben sie deshalb hier nochmals wieder:

„Diese Organisationen sollen die doppelte Aufgabe erfüllen: erstens die außerhalb der sozialdemokratischen Organisationen stehenden Arbeiter vor dem sozialdemokratischen Terrorismus zu schützen und zweitens die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter allmählich ganz von den Arbeitsstätten staatsrechtlicher Betriebe auszuschalten. Als Vorbild wird der im Entschien begriffene „Verband pommerscher Bauherren“ genannt. Arner Dr. W.“ usw.

**Ergebnis der Arbeitslosenzählung vom 29. Juni.**

Die Beteiligung an der Zählung am 29. Juni war schwächer als in den letzten beiden Monaten. Gegen die Anzahl der Vereine, die im Mai und im April berichteten, ist die Zahl im Juni um 25 kleiner, so daß am 29. Juni die Zahl der fehlenden Vereine wieder über 100 beträgt. Das muß gerügt werden, um so mehr, als unter den nicht berichtenden Vereinen viele sind, die die Zählung sehr wohl durchführen können. Nicht weniger als nahezu 80 Vereine gehören zu den fehlenden, die 200 bis 1000 Mitglieder zählen, sogar Vereine mit Sozialbeamten sind darunter! Die genannten 80 Vereine und noch einige andere sind durch ein besonderes Schreiben auf ihre Pflicht aufmerksam gemacht und ersucht worden, die Zählung zu besorgen und dem Verbandsvorstand zu berichten. Hoffentlich erreicht diese besondere Mahnung ihren Zweck.

Nach den Berichten von 97 Vereinen waren im ganzen Reich 6,9 pzt. aller befragten Mitglieder arbeitslos. Die 937 Zweigvereine zählten insgesamt 328 540 Mitglieder, davon wurden aber nur 296 133 befragt. Von den Befragten waren 275 777 = 93,1 pzt. in Arbeit und 20 865 = 6,9 pzt. arbeitslos. Die Ursache der Arbeitslosigkeit war bei 18 275 Mitgliedern Arbeitsmangel, bei 476 schlechte Witterung und bei 806 Kranke. In Prozenten ausgedrückt waren arbeitslos: 4,5 pzt. wegen Arbeitsmangels, 0,2 pzt. wegen Witterungsverhältnisse und 2,2 pzt. wegen

Krankheit. Von den einzelnen Berufsgruppen waren wiederum die Zofierer am stärksten, die Maurer am wenigsten betroffen. In Maurerberufe waren 5,3 vom Hundert, von den Betonarbeitern, Bauführerarbeiten und Erdarbeitern 9,3, von den Schaffnern 6,8 und von den Zofierern 11,0 vom Hundert arbeitslos.

Den höchsten Prozentfuß an Arbeitslosen hatte bei dieser Zählung die Provinz Brandenburg mit 13,7 pzt., den niedrigsten die Provinzen Pommern und Westfalen, mit je 4,3 pzt. In den Reichslanden, Elsaß-Lothringen, die in den Monaten März, April und Mai den höchsten Prozentfuß hatten, haben sich die Verhältnisse anscheinend ein wenig gebessert; der Prozentfuß an Arbeitslosen fiel dort von 17,2 im Mai auf 12,9 am 29. Juni. Trotzdem würde Elsaß-Lothringen aber wieder als Landesteil mit der ungünstigsten Wirtschaftslage im Baugewerbe in der Statistik erscheinen, wenn nicht die Zahlen der Provinz Brandenburg durch die große Anzahl Arbeitsloser in Berlin ungünstig beeinflusst würden. In der Stadt Berlin waren allein 18,3 vom Hundert arbeitslos; Ueber den Reichsdurchschnitt von 6,9 pzt. hinaus hatten folgende Landesteile Arbeitslose: Brandenburg mit Berlin 13,7 pzt., die Rheinprovinz 7,1 pzt., Königreich Bayern ohne Rheinpfalz 11,3 pzt. und Elsaß-Lothringen 12,9 pzt. Unter 6,9 pzt. hatten: Ost- und Westpreußen und Polen 6,5 pzt., Pommern 4,3 pzt., Schlesien 6,3 pzt., Provinz Sachsen, Thüringische Staaten und Anhalt 5,4 pzt., Hessen-Nassau und Großherzogtum Hessen 6,1 pzt., Westfalen und die Fürstentümer Lippe und Waldeck 4,3 pzt., Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Bremen 5,7 pzt., Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck 5,8 pzt., beide Mecklenburg, Baden und Bayerische Rheinpfalz 4,9 pzt. — Den Grad der Arbeitslosigkeit im ganzen Reich am letzten Zähltag im Verhältnis zu dem der Zähltag vom Januar bis Juni des Jahres 1912 veranschaulicht nachstehende kleine Tabelle:

Landesteil	27.	24.	30.	27.	18.	29.
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Posen	75,2	58,3	13,3	10,3	7,2	6,5
Provinz Pommern	76,8	39,4	11,1	5,0	3,7	4,3
Provinz Schlesien	64,0	38,4	11,2	8,9	8,6	6,3
Provinz Brandenburg (einschließlich Berlin)	59,3	36,0	16,1	14,8	15,1	13,7
Provinz Sachsen, Thüringische Staaten u. Anhalt	52,2	24,9	9,0	6,2	5,3	5,4
Provinz Hessen-Nassau und Großherzogtum Hessen	36,3	24,3	9,9	8,1	7,2	6,1
Rheinprovinz	17,8	15,2	9,2	8,3	8,2	7,1
Provinz Westfalen, Fürstentümer Lippe und Waldeck	29,6	22,2	8,1	6,0	4,3	4,3
Provinz Hannover, Herzogtum Braunschweig, Großherzogtum Oldenburg und Staatsgebiet Bremen	48,9	19,5	8,6	6,5	5,5	5,7
Provinz Schleswig-Holstein und Staatsgebiet Hamburg und Lübeck	49,8	24,8	15,3	8,5	6,9	5,8
Beide Mecklenburg	79,1	59,1	15,0	7,1	5,7	5,6
Königreich Sachsen	47,5	28,1	9,3	5,6	4,5	5,0
Königreich Bayern (ohne Rheinpfalz)	46,3	32,9	13,2	11,1	10,9	11,3
Königreich Württemberg, Großherzogtum Baden u. bayerische Rheinpfalz	40,2	21,8	7,1	5,0	4,6	4,9
Elsaß-Lothringen	40,4	31,8	20,2	19,6	17,2	12,9
Reichsdurchschnitt	49,0	29,4	11,2	8,3	7,3	6,9

Wie außerordentlich groß der Prozentfuß an Arbeitslosen im Baugewerbe im Gegensatz zu den vier größten der andern Gewerkszweige, nämlich der Holz- und Metallindustrie, der allgemeinen Fabrikbetriebe und des Transportgewerbes ist, geht aus nachstehender Zusammenstellung hervor:

**Arbeitslose in Prozenten.**

Monat	Bauarbeiter	Metallarbeiter	Holzarbeiter	Fabrikarbeiter	Transportarbeiter
Januar	49,8	2,0	4,3	4,4	5,5
Februar	29,4	1,8	3,5	3,4	4,4
März	11,2	1,3	2,7	1,3	1,4
April	8,3	1,5	2,2	1,2	1,3
Mai	7,3	1,5	3,0	1,2	1,4
Juni	6,9	1,3	2,8	0,9	1,1

Die vorstehenden Zahlen sind dem „Reichsarbeitsblatt“ entnommen, das diese Angaben auf Grund von Berichten der zuständigen Gewerkschaften veröffentlicht. Auf Grund dieser Berichte aus fast allen Berufsgruppen, außer dem Baugewerbe, werden vom Kaiserlichen Statistischen Amt auch Verhältniszahlen über die Arbeitslosigkeit im ganzen Reich ermittelt und im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht. Im ersten Halbjahre 1912 wurden so folgende Verhältniszahlen, denen wir zum Vergleich die von uns ermittelten Zahlen für das Baugewerbe gegenüberstellen, ermittelt:

**Arbeitslose in Prozenten im ganzen Reich.**

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
Alle Berufe	2,9	2,6	1,6	1,7	1,9	1,7
Baugewerbe	49,8	29,4	11,2	8,3	7,3	6,9

Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache über die besonders große Existenzunsicherheit der Arbeiter des Baugewerbes. — Von dem am 29. Juni als arbeitslos gezählten Mitgliedern unseres Verbandes fanden nach den Berichten der Zweigvereine; 736 vorübergehend in andern Berufen Unterkommen.

Statistik über Arbeitslosigkeit an Striktagen.

Table with columns: Bundesstaat, Zahl der Beschäftigten, Zahl der Mitglieder, Zahl der Befragten, and various categories of unemployment (Nach Berufen, Arbeitslos, etc.) for various German states and provinces.

Aus dem Elsaß.

Das Baugewerbe der Schweiz, besonders des Kantons Zürich, litt im Frühjahr und zum Teil noch jetzt an einer schweren Krise. Das hatte zur Folge, daß in diesem Jahre eine große Anzahl Italiener, die sonst in der Schweiz arbeiteten, nach Deutschland kamen...

wollen wir nur die Kollegen ermahnen, nicht die Spitze ins Korn zu werfen, wenn ihnen von den Mauern vielleicht nicht die erhoffte Unterstützung bei der tariflichen Regelung der Arbeiten, die immer Grenzstreitigkeiten im Gefolge haben, zuteil wird.

wenn sich die Erwartungen, die wir an die Versammlung knüpfen, aller erfüllen sollen, auch wir selbst in vollem Maße dazu beitragen müssen.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Altenburg. Am 10. August war man hier beim Abbruch des vom Konsumverein neu erworbenen Grundstücks, 'Gasthof zum Engel', damit beschäftigt, Balken herauszulassen.

Wahrenth. An einem Fabrikneubau der Eisenbetongesellschaft stürzten am 1. August zwei Zimmerer vom Gerüst und zogen sich innere Verletzungen zu. Am demselben Tage verunglückten zwei Kollegen bei der Firma Wölfl.

Wochum. Beim Bau der neuen Brücke über den Bahndamm der Kienler Straße in Dresden herrschte, Ueberstunden einmal notwendig werden können, sei zugegeben; aber man möge dann doch wenigstens um Genehmigung nachsuchen, die nach Prüfung der Sachlage nicht verweigert werden wird.

Wromberg. An dem Abbruch des Unternehmers Arids in der Danzigerstraße, wo am 20. Juli ein Hilfsarbeiter durch einen Defekt einstrich getötet wurde, stürzte am 7. August ein Hilfsarbeiter 6 m hoch ab.

Curhann. Am 9. August ging der Lehrling Spitt auf dem Bau des Unternehmers Paul Sievers über eine Betondecke. Diese brach durch und Spitt stürzte etwa 3 1/2 m ins Parterre hinab.

Großenhain. Am 9. August verunglückten ein Gohlfabrikneubau Viberach der Maurenpolier-Firma, der Maurer Wend und der Bauarbeiter Moses. Während die ersten mit Hautabstrüpfungen und blauen Augen davonkamen, mußte der letztere schwer verletzt in seine Wohnung getragen werden.

Kleine Mitteilungen aus den Zweigvereinen.

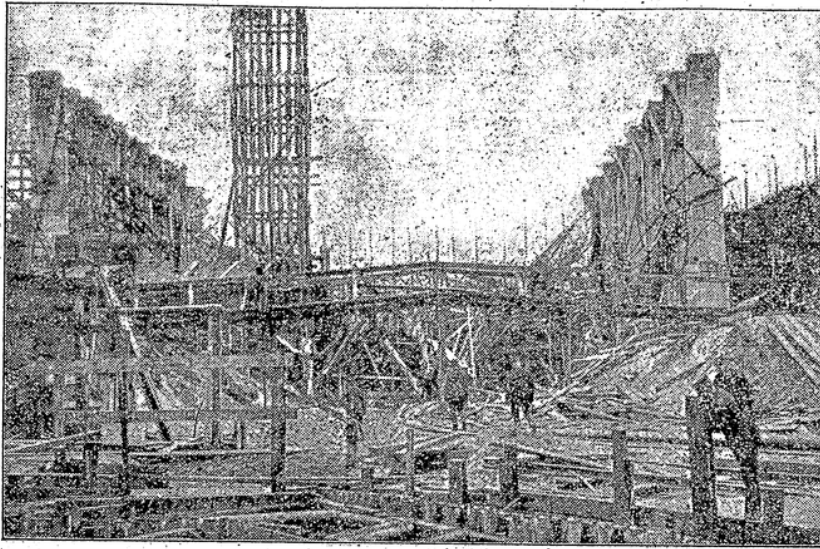
Aus Sulz i. Th. teilt man uns mit, daß bei der recht mäßigen Bautätigkeit den Unternehmern der Kampf zu schweben beginnt. Der Unternehmer Stäglender hat mehrere Kollegen ohne Kündigung entlassen.

Gipser und Stukkateure.

Dresden. Nachdem nun ein halbes Jahr dahingegangen ist, seitdem sich unsere Organisation dem Bauarbeiterverband angeschlossen hat, kann es wohl nicht schaden, einmal Betrachtungen darüber anzustellen, inwieweit unsere Hoffnungen und Wünsche, die wir an die Versammlung knüpfen, in Erfüllung gingen, und in welcher Richtung wir Enttäuschungen erlebten.

Zur Einsturzkatastrophe in Nürnberg.

In der letzten Nummer berichteten wir, daß bei dem Einsturz des Eisengerüsts auf dem Neubau des Großkraftwerkes...



bringung des Lehrgerüsts ordnete die Baufirma eine Probebelastung des Eisengerüsts an, um dessen Standfestigkeit zu prüfen...

Hamburg. Am 8. August stürzte in der Mathausstr. 27 die Mäler Hundt und Sittgen von der Gängelellage ab. Beide wurden schwer verletzt.

Damm i. Westf. Unser Kollege Franz Strahl verunglückte am 10. August auf der 'Union' durch Abstürzen aus 6 m Höhe.

Zinnenstadt. Am 5. August wollte der Kollege Huber im Lagerhaus der Mechanischen Bindfabrik eine Treppe hinabgehen. Da diese nicht befestigt war, rutschte sie aus.

Laubitz i. B. Am 26. Juli war der Kollege Hübnert am Neubau Müller, Paradeplatz, beim Gerüstbauen beschäftigt.

Leipzig. Am 3. August fiel bei einer Reparaturarbeit an einem Glasdach in der Markneukirchstr. der Tischler Paul...

Albeck. Auf dem Dachbodenwerk in einem Neubau des Unternehmers Zimmer waren am 9. August drei Bauarbeiter...

Münchstein. Der Gipfelmesser Gg. Sommer führt an einem Neubau in der Pfaffenstraße in Ludwigsbafen...

ist, und es bricht ein Gebel durch, so ist jedenfalls bewiesen, daß schlechtes Holz verwendet wurde.

Memel. Am 29. Juli verunglückte unser Kollege Gottlieb Knopp im Alter von 52 Jahren am Bau des Wohlfahrtshaus.

Reustadt a. d. S. Da erst vor kurzer Zeit der Sohn des Maurermeisters Wittlinger aus Haploch totgefallen ist...

Offenbach a. M. Am 9. August stürzte an dem Neubau, ausgeführt von der Firma Nagel, in der Bernmannstraße...

Kemnscheid. Am 7. August stürzte der Klempner Klotz am Umbau des Schlossermeisters Krinke von einem Fenstergerüst...

zu diesem Zwecke auf das Fenstergerüst, anstatt sich eine Leiter zu holen und von hier aus zu arbeiten.

Roggen. Bei dem Abbruch des Seitenflügels des hiesigen Hauptsteueramts stürzte am 29. Juli der Maurer...

Schramberg. Am 17. Juli fiel am Neubau Mojer & Sohn der 80 Jahre alte Maurer Rudolf Helfferich...

Stingen. Am 18. Juli verunglückte am Neubau des Unternehmers Heimgarner der Maurerpolier Hill dadurch...

Stolz i. B. Die Firma Lohat aus Danzig führt in dem Erie Raths-Damm die Um- und Neubau der Papierfabrik aus.

arbeitsunfähig ist, wurde nach Danzig gebracht. — Am 2. August verunglückte auf dem Neubau des Unternehmers Otto Kange in Gr.-Garde der Kollege Emil Papenfuchs. Er war bei dem Aufstellen des Dachstuhl besetzt; infolge schlechter Bedeckung der Balkenlage fiel er 3 m hoch herab und zog sich hierbei eine Verstauchung zu. Der Verunglückte mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben und dürfte längere Zeit arbeitsunfähig sein. — Der Dachdecker Franz Arnold, der bei dem Dachdeckermeister Grunwald in Arbeit stand, wurde mit dem Ausbessern eines Daches in der Kleinen Lederstraße beschäftigt. Zu diesem Zwecke war er angeleitet; das andere Ende des Seiles hielt ein Arbeiter. Plötzlich riß das Seil und Arnold kam ins Gleiten. Es gelang ihm aber, sich an der Dachrinne festzuhalten, wo er nun zwischen Himmel und Erde schwebte. Bevor jedoch Hilfe kam, verließen ihn die Kräfte und er fiel aus einer Höhe von 10 m herunter. Er erlitt hierbei schwere innere Verletzungen, die seine Aufnahme in das Krankenhaus erforderten.

Am 2. August verunglückte der Arbeiter Wiele aus Gassefeld am Kontornbau des Eisenhüttenwerks in der Parkstraße so schwer, daß er dem Krankenhaus in Duedlinburg zugeführt werden mußte. Wie das Unglück geschehen ist, weiß niemand.

**Die Berliner Bauarbeiter 1911.**

Am 2. August brachte den Berliner Bauarbeitern weniger Arbeitsgelegenheit als das Vorjahr. Dem soeben erschienenen 26. Geschäftsbericht der Nordöstlichen Baugewerkschaftsvereinigungen, Sektion I, entnehmen wir, daß die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 98.748 im Jahre 1910 auf 98.103 im Berichtsjahr zurückgegangen ist. Der schlechte Geschäftsgang ist wohl zum größten Teile auf die Ueberproduktion an Wohnungen zurückzuführen. Die Zahl der in Groß-Berlin leerstehenden Wohnungen wird von sachverständiger Seite auf 60.000 geschätzt. Die Substantiation von Grundstücken sind von 1088 im Vorjahr auf 1387 im Jahre 1911 gestiegen, was eine Zunahme von 289 bedeutet. Alles dies sind Zeichen dafür, daß im Berliner Baugewerbe ungesunde Verhältnisse bestehen. Erreichterweise hat das Sinken der Konjunktur für die Berliner Bauarbeiter nicht den Nachteil des Lohnrückganges gezeigt, was zweifellos ein neuer Beweis für die Wichtigkeit der Lohnpolitik des Deutschen Bauarbeiterverbands ist. Früher war es bekanntlich so, daß mit dem Zurückgehen der Konjunktur auch eine Reduzierung der Löhne verbunden war. So ändern sich die Zeiten! Der Jahresarbeitsverdienst eines im Bereich der Sektion I beschäftigten Arbeiters ist nach anrechnungsfähigen Löhnen von M 1145 im Jahre 1910 auf M 1172 im Berichtsjahr gestiegen. Der Berechnung dieses Verdienstes sind 220 Arbeitstage zugrunde gelegt. Da nach den Bestimmungen des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes die Löhne und Gehälter, die während der Beitragsperiode M 1500 übersteigen nur mit einem Drittel in Anrechnung kommen, so ist der Jahresarbeitsverdienst eines im Bereich der Sektion I Verdienenden ist trotz der verringerten Arbeiterzahl gegenüber 1910 eine wirkliche Mehrzahlung an Lohn von M 135 135 erfolgt. Günstiger als das Berliner Baugewerbe steht die Sektion II da. Die Renten der Verletzten (am Schluß des Berichtsjahres waren 192 Rentenempfänger weniger vorhanden als im Vorjahr) sind um M 41.734 zurückgegangen, was zur Folge hatte, daß die Unternehmerbeiträge zur Berufsgenossenschaft um 3 pzt. niedriger sind als 1910. Zur Anmeldung gelangten 6456 Unfälle, von denen 461 entschädigt wurden; 57 Unfälle hatten den Tod zur Folge. Auf 1000 Arbeiter entfielen 1911 4,70 entschädigte Unfälle gegen 4,80 im Vorjahr. Mit diesen niedrigen Zahlen über die entschädigungspflichtigen Unfälle steht die Sektion I nicht nur an der Spitze der eigenen Berufsgenossenschaften, sondern auch an der Spitze aller Baugewerkschaftsvereinigungen. Auf diese Tatsache wird im Bericht mit besonderer Genugtuung hingewiesen. Wenn auch zuzugabe ist, daß die Sektion I die Verletzten vielfach schon vor Ablauf der ersten dreizehn Wochen nach dem Unfall in Heilbehandlung nimmt (1911 wurden dafür M 22.070,71 verausgabt), so muß doch hierbei immer darauf hingewiesen werden, daß die Nachspruchung in Unfallsachen in den letzten Jahren für die Verletzten ungünstiger geworden ist. Die veränderte Nachspruchung macht sich also ganz allmählich durch die immer niedriger werdende Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle bemerkbar. Von den 1460 Berufungen und Anträgen aus § 88 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes wurden 1911 961 zugunsten der Sektion I und nur 221 zugunsten der Verletzten entschieden. 163 Berufungen blieben unerledigt und 115 wurden in anderer Weise erledigt. Von den Rekursen wurden 41,35 pzt. für begründet erklärt und 48,12 pzt. wurden zurückgewiesen. Wieviel Unternehmer im Berichtsjahr mit Ordnungsstrafen wegen Verstoß gegen die Unfallversicherungsbestimmungen belegt worden sind, und wieviel Mängel von den vier technischen Aufsichtsbekanntem bei der Ueberwachung der Betriebe vorgefunden sind, darüber schweigt sich der Bericht aus. Für ärztliche Untersuchung und Gutachten hat die Sektion I 1911 M 24.429 verausgabt, woraus sich ergibt, daß sie auf diesem Gebiet keine Kosten scheut. — Das Gesamtbild der Nordöstlichen Baugewerkschaftsvereinigungen wird durch folgende Aufzählung veranschaulicht:

	Beschäftigte Arbeiter	Gemeldete Unfälle	Entschädigte Unfälle
Sektion I Berlin	98103	6456	461
II Brandenburg	73548	2846	429
III Pommern	28526	1080	187
IV Westpreußen	22276	689	117
V Ostpreußen	23574	860	158
Zusammen	246326	11931	1352

Der Jahresarbeitsverdienst eines beschäftigten Arbeiters betrug nach anrechnungsfähigen Löhnen in Brandenburg M 893, Pommern M 801, Westpreußen M 803 und in Ostpreußen M 805. Wie man sieht, sind die Löhne der im Bereich der Nordöstlichen Baugewerkschaftsvereinigungen beschäftigten Bauarbeiter noch sehr verbesserungsbedürftig. Sache der Bauarbeiter muß es daher sein, mehr als bisher für die Stärkung des Deutschen Bauarbeiterverbandes zu sorgen; nur durch ihn können sie eine ständige Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen.

**Aus Unternehmerkreisen.**

Zum Kampf der Unternehmer um die Streiklausel wird uns aus Helgen geschrieben: Am „Grundstein“ wurde vor kurzem darauf hingewiesen, daß der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe seine Bezirks- und Unterverbände durch ein Mandat schreiben aufgefordert hat, überall dahin zu wirken, daß in allen Verträgen, die mit Bauarbeitern, besonders aber mit Behörden, abgeschlossen werden, die sogenannte Streiklausel aufgenommen wird. Man scheint die Unternehmer aber doch bei manchen städtischen Behörden nicht das gewünschte Einigenommen zu finden. So wurde vor kurzem in Helgen bei Gelegenheit der Besetzung der Submissionsbedingungen von dem Baugewerksamt Helgen durch den Obermeister S. Sohmisch der Antrag gestellt, die Streiklausel in die Submissionsbedingungen aufzunehmen. Der Magistrat lehnte den Antrag ab und zwar mit der Begründung, die Behörden müßten unparteiisch bleiben; aus diesem Grunde hätten bis jetzt weder der Staat noch die Kommunen die Streiklausel in ihre Verträge aufgenommen. Diefem vernünftigen und eigentümlich selbstverständlichen Standpunkt trat der Antragsteller, Obermeister Sohmisch, entgegen. Er war der Meinung, es sei Pflicht des Staates und der Kommunen, das Unternehmertum, das doch die eigentliche Stütze des Staates sei, durch Aufnahme der Streiklausel, das gleichzeitig eine Bekämpfung der Sozialdemokratie bedeute, zu unterstützen. Die Bauunternehmer in Helgen wollen sich nun mit der ablehnenden Haltung des Magistrats nicht zufriedengeben, sondern den Beweis erbringen, daß doch schon staatliche Behörden und Kommunen die sogenannte Streiklausel in ihre Submissionsbedingungen aufgenommen haben. Bis jetzt haben sie noch keine solche Behörde gefunden, sie sind vielmehr noch immer auf der Suche nach solchen. Wenn es ihnen gelingt, eine zu finden, so wollen sie von neuem an den Magistrat herantreten. — Es ist doch sonderbar, daß diese Leute immer das Interesse ihres Geldbeutels mit dem Interesse des Staates verwechseln!

Verhandstag der Brandenburgischen Baugewerkschaften. Auf diesem Verhandstage, der am 7. Juli stattfand, hielt Herr J. u. H. Brandenburg, der Vorsitzende des Provinzial-Arbeiterverbandes, ein Referat über „Ziele und Zweck des Arbeitgeberverbandes“, wobei er, wie er uns vorliegender Originalbericht ausweist, wieder etwas eigenmächtig, mit welcher Selbstverständlichkeit die Unternehmer die Annahmen zur Validität für ihre Kampfwerte heranzieht. Herr J. u. H. legte sich keinerlei Beschränkungen auf, er sprach sich von der Leber weg. Ein Teilnehmerbericht uns über J. u. H. Ausführungen:

Der Referent sagte, während die Annahmen mehr die idealen Interessen der Bauunternehmer vertreten, während die Arbeitgeberverbände mehr den materiellen Interessen. Waren bis 1910 die einzelnen Arbeitgeberverbände in unserer Provinz ohne Zusammenschluß, wie er in anderen Gauen des Deutschen Reiches schon längst vorhanden war, so änderte sich das, als im Mai 1910 die Notwendigkeit einer festen Organisation der Brandenburgischen Provinzialverband für das Baugewerbe ins Leben rief. Aus kleinen Anfängen hervorgegangen, zählt heute der Brandenburgische Provinzialverband 20 Lokalverbände mit 242 Mitgliedern.

Der Vorstand des Provinzialverbandes ist unermüdlich bestrebt gewesen, den Zusammenschluß der Berufsgenossen zu fördern, indem er von der unbesrittenen Tatsache ausgeht, daß es nur durch den Zusammenschluß der Arbeitnehmer möglich ist, den oft ungeduldeten Ansprüchen der Arbeitgeber entgegenzutreten. Wenn noch eine große Anzahl der Berufscollegen auch in unserer Provinz glaubt, in Zukunft ohne Anschluß an die Organisationen der Arbeitgeber auskommen zu können, so ist dies ein vollständig falscher Standpunkt. Ich könnte Ihnen aus den Erfahrungen, die wir in unserer Geschäftsstelle gemacht haben, eine ganze Anzahl von Fällen nennen, die Ihnen zeigen würde, daß gerade Kollegen, welche jeder Anregung zum Zusammenschluß gegenüber ablehnend blieben, ja alle unsere Briefe un beantwortet ließen, uns sofort zu finden suchten, als ihre Arbeitnehmer mit Forderungen an sie herantreten. Dann sollte der Verband helfen. Daß dies nicht gleich möglich war, liegt auf der Hand, doch haben wir soviel wie in unsern Strassen stand auch diesen Kollegen mit Rat und Tat zur Seite gestanden.

Es muß sich jeder Berufscollege Harmsdaden, daß, wo die gewerkschaftlichen Organisationen in der Weise wie in den letzten Jahren anwachsen, diese schließlich in die Lage kommen, die Arbeitsbedingungen und ihre Wünsche ohne Rücksicht auf die Existenzbedingungen der Arbeitgeber festzusetzen. („Grundstein“ Nr. 24.) Wie hoch die Arbeitnehmer von ihren Organisationen befreuet werden, geht aus folgenden Notizen aus dem „Meldungsabblatt“ hervor. Es zahlten im Jahre 1910:

Die Bauhilfsarbeiter	M 51,18
„ Zimmergesellen	„ 57,43
„ Maurer	„ 97,33

pro Kopf Beitrag nur allein für ihre Gewerkschaft. Nun fehlen hierin noch Extrabeiträge bei Streiks und für örtliche Organisation, so daß die Jahresausgaben unserer Arbeitnehmer für die Organisationen pro Kopf M 70,70 bis M 80 zu rechnen ist. Und dagegen halten Sie die Raubzeit der Arbeitgeber! Ein kleiner unserer

Lokalverbände hat M 30,85 für 1912 zu zahlen; trotz dreimaliger Mahnung hat er noch nicht gezahlt; das spricht Bände.

Wir hoffen, daß das Jahr 1912 nicht zu Ende gehen wird, ohne daß sich eine ganze Anzahl zurzeit noch feststehender Zunungen unter Bildung von Lokalverbänden uns anschließen, so daß bei dem ganz unausbleiblichen Kampfe mit den Arbeitnehmern im Jahre 1913 eine kräftige Organisation dann in unserer Provinz denjenigen die Spitze bieten kann. („Ganz unausbleiblich“ Herr J. u. H.) Des weitern verbreitete sich der Referent über die vom Brandenburgischen Provinzialverband als erstem Bezirksverband des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe im vorigen Jahre gegründete Streikversicherungs-gesellschaft. Mit 27 Mitgliedern und einer Rohnsumme von M 1.251.608 hatte sich die Gesellschaft am 1. Juli 1911 gegründet, und am 1. Juli 1912 zählte sie ganze 63 Mitglieder mit einer Rohnsumme von M 2.675.717. Der Meibesbesitz betrug am 1. Juli 1912 ganze M 5700. Hierauf kam der Referent auf die Lieferantverträge zu sprechen und führte folgendes aus: „Bei den Kämpfen im Jahre 1910 waren diejenigen Bezirksverbände am besten in der Lage, die Auslieferung durchzuführen, die mit den Lieferanten von Baumaterialien Verträge abgeschlossen hatten, und zwar dahingehend, daß im Falle eines Streiks oder einer Auslieferung unter keinen Umständen weder an Verbandsmitglieder noch an andere Unternehmer Material geliefert wurde. Ferner werden in diesen Verträgen Vorkaufspreise für die Verbandsmitglieder dorgegeben und außerdem schließlich sich gegenseitig die Einzahlung der sogenannten Streikauslei gesichert. Im Königreich Sachsen bestanden vor der Auslieferung 1910 überall Verträge mit den Lieferanten, und so wurde auch dort allgemein die Auslieferung durchgeführt. Nebenbei bemerkt, bedt der Streikvertrag der Arbeiter für das Königreich Sachsen die Beschränkung, welche an den Lieferanten gewährt werden (sic!) Die günstigen Verhältnisse, welche sich ergeben, wenn Baugewerkschaften und Lieferanten sich in Hand gehen, haben den Deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe veranlaßt, überall dahin zu wirken, daß solche Verträge geschlossen werden. Da wir im Jahre 1913 bei der Erneuerung der am 31. März 1913 ablaufenden Tarifverträge nach allen Anzeichen auf einen schweren Kampf mit den Organisationen der Arbeitnehmer rechnen müssen, so ist die Hauptaufgabe des Provinzialverbandes für dieses Jahr, dafür zu sorgen, daß überall in unserer Provinz Verträge mit unseren Lieferanten abgeschlossen werden, welche unsere Mitglieder dagegen schützen sollen, daß nicht Inzupelle Konturen sie in ihren Existenzbedingungen schädigt. Der Vorstand hat sich daher mit allen ihm bekannt gewordenen Lieferantenvereinigungen von Baumaterialien in Verbindung gesetzt, um derartige Verträge, die für beide Teile von großem Nutzen sind (?), zu schließen. Von fast allen (?) Vereinigungen der Lieferanten ist uns das größte Interesse und Entgegenkommen gezeigt worden. Ich doch heute jeder Arbeitgeber in der Gefahr, willkürlicher und übertriebener Forderungen machtlos gegenüber zu stehen, wenn er nicht betagelten Vorzorg, daß er beim Ausbruch eines Arbeitskampfes Muthalt findet bei seiner Organisation und bei den Organisationen, die verwandte Bestrebungen haben. Jeden Tag können Forderungen gestellt werden. Daher ist es überaus wichtig, daß auch in unserer Provinz dafür gesorgt wird, daß Baugewerkschaften und Lieferanten sich in Hand gehen und sich gegenseitig vor Schäden hehauen.

Wir sind gegenwärtig noch mitten in der Arbeit des Aufschlusses von Verträgen und haben genügende Aussicht, zu günstigen Resultaten zu gelangen. Nachdem kam Herr J. u. H. auf Tariflohn und Weitergeld zu sprechen. Zum Schluß empfahl der Referent eine Resolution zur Annahme, welche bereits 1910 vom Bezirksstabe angenommen, aber eben nicht befolgt worden war; in dieser Resolution wird es dem Vorstand, der Zunungen zur Pflicht gemacht, überall dafür zu sorgen, Lokalverbände zu gründen und sich dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe anzuschließen.

Zum Teil sind es ja oft gehörte Dinge, die Herr J. u. H. vortrug. Wir haben sie abgedruckt, um zu zeigen, daß es sich nicht etwa um leere Redereien handelt, wenn wir sagen, die Unternehmer arbeiten jetzt schon zielbewußt auf einen Kampf hin. Wir sind unterrichtet, daß nicht nur Herr J. u. H., sondern alle leitenden Männer im Bunde den Kampf als unausbleiblich betrachten, und zwar nicht nur erst seit einigen Wochen, sondern mindestens seit dem vorigen Jahre. Den Baumaterialienhändlern wird es auch sehr interessant sein, zu hören, daß sie dazu gebraucht werden, um die Verwaltungskosten der Unternehmerverbände zu bezahlen!

Ein neues Kampfmittel gegen die Arbeiter glaubt der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Dresden gefunden zu haben. Er will nämlich alle 14 Tage „Mitteilungen“ herausgeben und sie kostenlos solchen Arbeitern zustellen, denen er auch das alternerte Zeug glaubt bieten zu können. Die Nr. 1 des ersten Jahrganges glaubt „Mitteilungen“ trägt das Datum: „Dresden, 4. August 1912.“ In einem Aufsatze: „Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ müßt sich da jemand ab, den empfangen der „Mitteilungen“ plausibel zu machen, daß gewisse Unternehmer und Arbeitern kein Gegenpart bestche. Es erwidert sich wohl, dagegen auch nur ein Wort der Erwidierung zu sagen; denn auch der dümmste Arbeiter weiß, daß das eine geradezu unfruchtbar Behauptung ist. Selbstverständlich ist der Schreiber jenes Aufsatzes seine Darlegungen mit einer Epistel gegen die Redaktion der Arbeiterblätter ein, die angeblich viel schimpfen und mit Schlagworten operieren, während ja etwas bei den Unternehmern und Arbeitnehmerhändlern nicht vorkomme. Der Herr hat offensichtlich würde er sich seiner Behauptung schämen. Auch das fleißigste Verfaßten, das Unternehmervertreter bei den Tarifverhandlungen im Jahre 1908 kein Inparteiig

gegenüber an den Tag legen, scheint ihm unbekannt zu sein. Wir wollen gewiß nicht behaupten, daß wir unsere Gegner immer mit Samthandschuhen anfassen; aber eine so bodenlos unanständige Verächtlichkeit, wie sie nach einer glaubhaften Versicherung, ein mitteldeutscher Unternehmervertreter noch auf der letzten Bundesgeneralfammlung gegen die Arbeitervertreter produziert haben soll — der Bursche soll nämlich behauptet haben, die Arbeiterführer müßten die Arbeiter entgegen ihrer Hebezeugung aufheben, um ihre Stellungen zu behalten — wird man den Arbeitervertretern wohl nicht nachsagen können. In einem weiteren Aufsatze wird die Entwicklung der Arbeitslöhne im Dreißiger Bauernverband dargestellt und „konkretisiert“, daß sich die Lage der Bauernarbeiter in den letzten Jahrzehnten wesentlich verbessert habe. Die Löhne hätten sich seit der Gründung des Deutschen Reiches mehr als verdoppelt, ja nahezu verdreifacht. Dabei wird vergessen, zu sagen, daß dies die Arbeiter nur ihrer Organisation zu danken haben, und es wird weiter so getan, als ob die Verteuerung der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände weit hinter der Steigerung der Löhne zurückgeblieben wäre. Trotzdem ist man hinterher doch so gnädig, zu sagen, das gute Ergebnis brauche die Arbeiter von weiterem Streben zur Verbesserung der Lage nicht abzuhalten, und an einem andern Stelle verachtet man — ähnlich, wie das der Fuchs tat, als ihm die Trauben zu hoch hingen — die Arbeitgeber hätten nichts dagegen, daß sich die Arbeiter organisieren, nur sollten sie ihre Organisation nicht benutzen um Katastrophen zu verbreiten und gegen die Unternehmer zu hetzen. Natürlich wird auch der Beschauptung entgegengehalten, als ob der Arbeitgeberbund der Kriegserregung wäre. Genau wie vor 1910! Damals hatte der Arbeitgeberbund auch die friedlichsten Absichten, bis — (nach seiner Behauptung) 200 000 Bauernarbeiter auf der Straße lagen und seine Friedfertigkeit mit ihren Familien aufs allerhöchste zu spüren bekamen. Uns kann der Arbeitgeberbund mit solchen Mäßen nichts mehr weismachen: Die Katastrophen reden eine zu deutliche Sprache!

### Gewerkschaftliches.

**Zum Boykott über die Firma Harry Krüller in Gelle.** Auf unsern Bericht in Nr. 30 des „Grundstein“ erhielten wir von der Firma Krüller folgendes Schreiben:

„In Ihrer Nr. 30 vom 27. Juli d. J. bringen Sie einen Artikel mit der Überschrift: Boykott über die Firma Harry Krüller in Gelle. Auf Grund des § 11 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 erlaube ich um Aufnahme der nachfolgenden Verichtigung: 1. Es ist nicht wahr, daß den in meinem Betrieb neu Eintretenden ein Nevers zur Unterschrift vorgelegt wird, in welchem sie irgendeine Verpflichtung bezüglich der Mitgliedschaft des Wäders- und Konditorenverbandes eingehen. 2. Der Verband der Metz-, Back- und Lebkuchensfabrikanten Deutschlands, dessen Vorsitzender ich bin, ist keine Arbeitgeber-Organisation, sondern ein reiner wirtschaftlicher Verein mit ausdrücklichem Ausschluß jeglicher Arbeitgeber- oder Arbeiterfragen. 3. Wahr ist dagegen, daß von jedem Eintretenden die Unterschrift unter einen Nevers verlangt wird, der lediglich die Anerkennung der Arbeitsordnung auspricht. Auch in dieser Arbeitsordnung ist kein Verbot der Mitgliedschaft des Wädersverbandes enthalten.“

„Dazu schreibt uns die Boykottkommission: In der Hitze des Gefechtes hat Krüller übersehen, auf den Kern der Sache einzugehen. Mit der Erklärung: Es ist nicht wahr, daß den in meinem Betrieb neu Eintretenden ein Nevers zur Unterschrift vorgelegt wird, in welchem sie irgendeine Verpflichtung bezüglich der Mitgliedschaft des Wäders- und Konditorenverbandes eingehen, wird wie die Sache um den heißen Brei herumgegangen. Herr Krüller wird niemals bei einer Verhandlung vor dem Gewerbegericht in Gelle ein von der Firma entlassener Arbeiter erklären, daß ihm ein Vertrag zur Unterschrift vorgelegt wurde, nach dem er verpflichtet ist, Mitglied des Verbandes der Wäder- und Konditoren zu sein. Von dieser Verhandlung wurde in der Presse berichtet; Herr Krüller fand es aber nicht notwendig, schon damals eine Mitteilung zu veröffentlichen. In der Verichtigung heißt es weiter, der Unternehmerverband, dessen Vorsitzender Herr Krüller ist, ist keine Arbeitgeber-Organisation, sondern ein rein wirtschaftlicher Verein. Selbst wenn das zutrifft, daß dort keine Arbeitgeber- und Arbeiterfragen erörtert werden, so wird nur bestätigt, daß Herr Krüller recht gut den Wert des wirtschaftlichen Zusammenkommens zu schätzen weiß. Oder ist das keine Verneinung von Schande der Unternehmer, wenn bezüglich der Warenverkaufspreise einseitige Regeln getroffen werden? Die schärfste Verächtlichkeit steht also in allen Punkten auf unsern Seiten. Wenn die Firma in Zukunft an andere Zeitungen schreibt, daß sie den Arbeiterinnen beim Eintritt höchste Löhne bezahlt, so beweisen wir auf ein in unsern Händen befindliches Schreiben der Firma, wonach zweiundzwanzigjährigen Mädchen ein Stundenlohn von 16 s angeboten wurde. Wie bei einer solchen Entlohnung junge Mädchen, die nicht bei ihren Eltern wohnen und essen können, auskommen, dieses Mittel zu lösen, überlassen wir Herrn Krüller selbst. Die organisierte Arbeiterschaft hat daher keine Ursache, weiterhin die Krüller'schen Waren zu konsumieren und ihre teuer verdienten Groschen einem solchen Unternehmer hinzuzulegen, der die Arbeiter, sobald sie sich organisieren, entläßt; sie ist es ihrer Selbsthaltung schuldig, solange keine Waren aus diesem Betriebe zu beziehen, anzusetzen und Arbeiterfragen. Weist bei ersten Einläufen jede Ware aus dem Krüller'schen Betriebe zurück und beschließt der um ihre Koalitionsrechte ringenden Klassenorganisation zu einem vollen Siege!“

**Magnit. Ein Arbeiter erschossen!** Polizei, Gendarmerie etc. — das ist für die Herrschenden in den Klassenkämpfen der Gegenwart der Weisheit letzter Schluss: In Frankreich, Italien und der Schweiz ist man an der Vertreibung von Militär gegen Streikende gewöhnt, in Rußland hat eine verbrecherische Regierung erst vor einigen Monaten die Soldaten auf demonstrierende Arbeiter losgelassen, und in Deutschland sind die Maschinenwrecker noch in aller Erinnerung. Nun folgt

Magnit. Dort streifen die Arbeiter der Zigarrenfabrik von Brüning & Sohn, weil über die Erneuerung des abgelaufenen Tarifs keine Einigung zu erzielen war. Man holte die bekannten Berufsstreikbrecher aus Hamburg, rief sie mit Dolchen und andern Waffengeräten aus und ließ sie auf die Streikenden los. Die Polizei verfiel den Schatz der Wirtshäuser um 8 Uhr abends, sie verbot ein geplantes Vergnügen der freien Arbeiterschaft, weil „Ausstellungen“ befürchtet werden müßten, und gab erst auf erhobene Beschwerde die Abhaltung einer Volksversammlung frei. Am 27. Juli hielt es die Arbeitswilligen wolle mit den streikgebliebenen Arbeiterinnen in einer Wirtshaus an der Wemel ein Tanzvergnügen veranstalten. Das, lodte natürlich viele Leute dorthin, weil man sich überzeugen wollte, ob wirklich den Streikbrechern erlaubt wurde, was ehelichen Arbeitern verboten war; denn es war bereits nach 10 Uhr. Ein Polizeikommissar kam und forderte die Leute zum Nachhausegehen auf. Man machte ihn auf das Saufgelage der Streikbrecher aufmerksam, und als er nach dem Lokal hinging, trat in ein Steindorf. Die herbeikommandierten Gendarmen schossen, und ein gänzlich unbeteiligter Arbeiter, der 22 Jahre alte Kreisjäger Grolat, stürzte, von einer Kugel getroffen, tot nieder. In der Erregung über diesen Vorfall wurden am andern Tage einige Strafenlaternen zertrümmert, wobei jedoch Streikende nicht zugegen waren. Nun wünschte die Firma Militär, und am 29. Juli rückte wirklich ein Zug der 2. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 41 aus Litzsch ein, der die Fabrik besetzte. Jeder Mann hatte 60 Patronen bei sich. Vor der Fabrik wurde scharf geladen. Am nächsten Tag folgte dann noch die 1. Kompanie, die aber am Mittwoch wieder abzog, um jetzt durch einen weiteren Zug der 2. Kompanie ersetzt zu werden. Bald waren mehr Soldaten zum Schutze der „Arbeitswilligen“ in Magnit, als überhaupt Streikende vorhanden waren. Empört war die Militärverwaltung bei der Beerdigung des unglücklichen Opfers jener Vorgänge, die am 31. Juli stattfand. Jeder geschlossene Reizeug, jedes Wort am offenen Grabe war untersagt. Die Allee zum Friedhof hatten Soldaten besetzt und selbst an die Stelle des Todesdrang eine Truppe mit scharf geladenem Gewehr und aufgeplantem Seifengewehr mit dem Hauptmann an der Spitze vor. Stumm standen die Leidtragenden um die Grust herum, bis sich der Hügel schloß, den zahlreiche Kränze der Arbeiterschaft bedeckten. Trotz der Willender der alten gramgebeugten Eltern hatte sich keiner der zwei darum angegangenen Geistlichen herbeigefunden, einige Worte am Grabe des Erschossenen zu sprechen. Sie wollten oder durften es nicht wagen, hier in Gegenwart der bewaffneten Macht zum Anführer gegen solche Gesellschaftszustände zu werden, die den Reichen schämen und den Armen töten. Die Firma aber war auch nach diesen unangenehm traurigen Vorgängen zu einem Entgegenkommen nicht bereit. Sie hat ja Streikbrecher, Polizei, Gendarmen und Militär zu Hilfe. Das ist alles, was ein bestreifter Fabrikant im Klassenstaat nur ersuchen kann!

### Soziales.

**Grubenkatastrophe an Becke „Lothringen“.** Am 8. August, just zu der Zeit, als Kaiser Wilhelm II. mit dem Hause Krupp in Essen und vielen staatlichen Würdenträgern die Hundstagsfeier dieser Millionenfirma beging, ereignete sich auf der Becke „Lothringen“ eine Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion, bei der nach vorläufiger Meldung 20 Bergleute den Tod fanden und eine Anzahl schwere Verletzungen erlitten. Rettungsmannschaften aus den umliegenden Becken schafften die Getöteten und Verletzten unter großen Anstrengungen zutage. Vor den Toten, die in den Räumen auf dem Belegplatz aufgebahrt wurden, spielten sich tief erschütternde Szenen ab. 83 der Getöteten sind Familienmänner. Während die offiziellen Mitteilungen das Unglück als ein unabweisbares Naturereignis hinzustellen suchen und so tun, als ob in der Grube alles in besser Ordnung gewesen wäre, wird dem „Vorwärts“ von Arbeiterseite geschrieben, daß mancherlei Mißstände vorhanden waren, daß die Wetterführung außerhandelt war, die Temperatur häufig 30 bis 27 Grad betragen habe und daß die Schlagwetter in größeren oder geringeren Mengen häufig vorhanden waren. Der Sicherheitsmann, der für die Unglücksabteilung gewählt und der einzige organisierte Sicherheitsmann in der Belegschaft ist, habe schon 1910 und wiederholt 1911 das Vorhandensein von Schlagwetter in das Fahrbuch eingetragen, worauf der Betriebsführer entgegengesetzte Bemerkungen machte. Wegen dieser Entzerrungen wurde der Sicherheitsmann sogar vom Königl. und von der Zechenverwaltung nicht weniger als einundzwanzigmal in schlechtere Arbeit verlegt und dadurch in seinem Lohn erheblich geschädigt. Der Erfolg dieser fortgesetzten Drangsalierungen war, daß der Sicherheitsmann die Fahradteilung nur noch einmal im Monat besah und meistens von Entzerrungen ins Fahrbuch Notizen nahm, trotzdem er fast bei jeder Befahrung Schlagwetter vorgefunden hat. Auf alle Fälle muß die Wetterführung als unzureichend bezeichnet werden. Aber auch die Verletzung ist nicht vorchriftsmäßig gehandhabt worden, denn bei der Befahrung am 9. August wurden zahlreiche Kohlförner gefunden, die befähigten, daß außer der Schlagwetterexplosion eine starke Kohlenstaubexplosion stattgefunden hat.“ So hat es den Anschein, als ob auch hier zahlreiche Krappen dem kapitalistischen Profit geopfert worden sind, die bei etwas mehr Vorwitz und bei Beachtung der Warnungen des organisierten Sicherheitsmannes den Thron noch lange hätten erhalten werden können.

**Der Leutnant nun doch in der Krankenkasse!** Vor einigen Wochen brachten wir die Mitteilung, daß der Leutnant Meyer als Kandidat in die Ortskrankenkasse Bochum eingetragt sei. Dann wurde uns aus Bochum gemeldet, daß es vorläufig noch nicht so weit sei; aber schon am 25. Juli konnte das Bochumer „Volksblatt“ melden, daß der Leutnant inzwischen doch seinen Einzug in die Ortskrankenkasse gehalten hat. Am 24. Juli hat ihn das

Bochumer Versicherungsamt zum Kandidaten der Ortskassen ernannt. Als vor mehreren Monaten bekannt wurde — so schreibt das „Volksblatt“ dazu —, daß Herr Meyer in Frage kam, da machte sich der allgemeine Anstoß in der Bochumer Arbeiterschaft unter der Vorstandschaft der Zentralkassen bekannt wurde, nahm man allgemein an, daß, wenn die Stelle neu besetzt werden müsse, man nur einen anerkannt tüchtigen und erfahrenen Kandidaten anstellen würde. Statt dessen die große Enttäuschung. Der Oberleutnant Meyer hat an Erfahrung nichts aufzuweisen, als daß er sich sechs Wochen tagsüber im städtischen Bureau für Versicherungsangelegenheiten bewegt haben soll.“ Daß verabschiedete Militärs in die Krankenkassen eintritten können, das haben die Arbeiter in erster Linie der arbeitserfindlichen Politik des Zentrums zu verdanken.

### Genossenschaftliches.

**An die Gewerkschaftsmitglieder in Hamburg-Altona und Umgebung richtet der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ folgenden Aufruf:** „Mit dem Wachstum der Konsumgenossenschaften treten immer neue Aufgaben an diese Wirtschaftsorganisation heran, deren Ausführung auch im Interesse der Gewerkschaftsmitglieder liegt. Ein anschauliches Beispiel der Vielseitigkeit eines modernen Konsumvereins bietet der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ in Hamburg. Dieser begnügt sich nicht damit, seine Mitglieder nur mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Bei ihm hat die Wohnungsbeschaffung schon zum Teil ihre praktische Lösung gefunden. Die Verzögerung mit Kleidung und sonstigen Notwendigkeiten des Lebens stellt gleichfalls auf seinem Programm und harzt der baldigen Bewältigung. Als nächster Schritt ist jetzt die Einführung der Feuer- und Lebensversicherung geplant. Bereits vor drei Jahren wurde auf dem Genossenschaftstag in Eisenach die genossenschaftliche Feuerversicherung der Konsumvereinsmitglieder beschlossen. Die Ausführung dieses Planes mußte in Hamburg bis zur Schaffung einer zweckentsprechenden Organisation zurückgestellt werden. Heute ist durch die Genossenschaftsfunktionäre eine dauernde Verbindung mit den Mitgliedern der Genossenschaft hergestellt. Dadurch ist die „Produktion“ in der Lage, die Aufnahme in die Feuerversicherung zu vollziehen und auch die regelmäßige Entlohnung der Prämienbeiträge zu übernehmen. Die meisten Genossenschaftsmitglieder sind ja bereits gegen Feuer bei den bestehenden Gesellschaften versichert. Die Versicherung durch Vermittlung der „Produktion“ indessen bietet bedeutendere Vergünstigungen, so daß es im eigenen Interesse einer jeden Familie liegt, den Beitritt durch die Genossenschaftsfunktionäre zu vollziehen. Letztere erhalten mit Beginn ihrer Tätigkeit eine Legitimation, durch die sie sich als Beauftragte der Genossenschaft auszuweisen haben. Wir bitten, unsern Beauftragten die Police der Gesellschaft, mit der Sie ein Versicherungsverhältnis eingegangen sind, zur Einsicht vorzulegen, damit der betreffende ersehen kann, ob und wann eine Kündigung statzfinden hat. Die Versicherung durch die „Produktion“ könnte dann mit Ablauf der alten Police erfolgen. Wie uns von mehreren Seiten mitgeteilt wird, werden bei den größten Anstrengungen seitens der Versicherungsgesellschaften gemacht, um möglichst noch sämtliche Unberücksichtigten aufzunehmen. Wir bitten daher dringend, schon jetzt neue Versicherungsverträge mit keiner Gesellschaft mehr vorzunehmen, sondern sich bei beabsichtigter Versicherung direkt an das Sekretariat der „Produktion“ zu wenden. Wir beschäftigen, bereits im September d. dieses Jahres die Agitation für die Feuerversicherung durch die Genossenschaftsfunktionäre im vollen Umfange aufzunehmen. Bei einem Vergleich mit Ihrer jetzigen Versicherung werden wir Ihnen nachweisen können, daß unsere Bedingungen durchweg günstiger sind. Wenn wir noch versichert können, daß neben günstigen Bedingungen auch etwaige Schadensregulierungen in der künftigen Weise erfolgen werden, so dürfen wir wohl auf das Bestimmteste hoffen, daß die Genossenschaftsmitglieder den Genossenschaftsfunktionären ein möglichst großes Entgegenkommen zeigen und ihnen ihre Aufgaben nach Möglichkeit erleichtern. — Die Tätigkeit für die von Gewerkschaften und Genossenschaften gemeinsam errichtete Volksversicherungs-Aktiengesellschaft wird erst Anfang nächsten Jahres erfolgen. Wir möchten aber jetzt schon die dringende Bitte an sämtliche Genossenschaftsmitglieder richten, keine neue Volks- und Lebensversicherung abzuschließen, sondern bis zum Inkrafttreten der „Volksfürsorge“ hiermit zu warten. — Bemerkungen möchten wir noch, daß sich die Feuerversicherung und später auch die Volksversicherung nicht nur auf die Mitglieder der Genossenschaften und Gewerkschaften beschränkt, sondern daß sämtliche Personen zugelassen werden. Wir bitten Sie daher, Ihnen bekannte Personen auf die günstige Versicherung durch die „Produktion“ aufmerksam zu machen. Für jede Mitteilung sind wir dankbar und werden einen Vertrauensmann zwecks Aufnahme sofort vorschicken. Mit genossenschaftlichem Gruß: Sekretariat des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Louisenweg 40.“

### Zentralkrankenkasse.

In der Woche vom 4. bis 10. August sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg M. 1200, Westertweg 300, Kolonnenstr. 300, Oberau 250, Dohheim 200, Geln a. Rh. 200, Neuminster 200, Dippau 200, Stavenhagen 200, Schüttau 175, Gerlich 150, Hand- schußheim 150, Herbstleben 150, Pöbeuch 150, Döberau 100, Summa M. 4025. Zuschüsse erhielten: Münsterl. W. M. 300, Annaburg 200, Friedrichshöhe 200, Hofen 200, Fabrick 200, Birna 200, Groß-Zimmern 100, Lutter a. S. 50, Meibell 50, Straßburg i. d. Ufermark 50. Summa M. 1500. Altona, 10. August 1912. Fr. Köpfchen, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 67.

### Eingegangene Schriften.

(Die hier angelegten Schriften sind nicht von uns zu beziehen. Man wende sich an die nächste Parteibuchhandlung.)

**Krupp und die Arbeiterklasse.** Unter diesem Titel gibt der Verlag der „Arbeiterzeitung“ in Essen eine Broschüre heraus, die wegen ihrer Beziehung zur Jahrhundertfeier der Firma Krupp sehr zeitgemäß ist. Die Feier der Kanonen-Firma wird von der Regierungsbürokratie zum patriotischen Ereignis erhoben — bekanntlich nehmen Wilhelm II. und seine Minister daran teil, — aus ihrem Anlaß müssen die Arbeiter wieder die alte Fiktion von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, von der „freiwillig“ gespendeten Industriewohlfahrt und ähnlichem Kram über sich ergehen lassen. Da ist es von Wert, die Entwicklung der Firma, ihre Beziehungen zur Öffentlichkeit und zur Bureaufkratie, ihre „vorbildliche Wohlfahrt“ und ihre Arbeiterverhältnisse an der Hand einwandfreien Materials dargestellt zu finden. Die für die Agitation wertvolle Broschüre kostet 20 A.

### Briefkasten.

(Anfragen in Sachen des literarischen Rechts beantworten wir nicht, ebenso erteilen wir keine Briefliche Auskunft, auch nicht, wenn Rückporto beilegt ist.)

**Grümling, Rimpur.** Wir haben doch am Schluß der Notiz „München und Würzburg“ ausdrücklich gesagt, daß wir von der Veröffentlichung des Schreibens vom Vorstand der Bahnhofs Rimpur Abstand nehmen wollen. Die Münchner Kollegen werden Dir also schon glauben, daß Du eine Erwiderung geschrieben hast.

**G. N. in Schreiberhau.** Dein Schreiben über die empörenden Zustände auf dem Bau haben wir mit den nötigen Instruktionen dem Zweigvereins- und Gauvorstand überweisen, damit sie sofort Abhilfe schaffen. Ueber das Resultat erbiten wir einen kurzen Bericht.

**G. Sch. in Köslin.** Angaben über die Kosten des Verbandshauses findest Du im Jahrbuch 1911. Der Bau ist vom Verbandstag der Maurer in Hannover (1908) beschlossen worden und der Maurerverband hat auch den Bau aufzuführen lassen.

**Keuschberg und Grünberg in Schlesien.** Die Berichtsangelegenheit kam einen Tag zu spät.

**K. in Königsberg und K. in München.** Sendungen, die zur Veröffentlichung im „Grundstein“ bestimmt sind, adressiert man nicht an einen Redakteur, sondern an die Redaktion des „Grundstein“, da wir sonst für die pünktliche Erledigung der einlaufenden Sendungen nicht garantieren können.

### Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins-, bzw. Bahnhofs- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

### Giessen-Wetzlar.

Für den Zweigverein Giessen-Wetzlar wird zum 15. September ein

### Zofalbeamter

gesucht. Die Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein, rednerische und agitatorische Begabung besitzen und auch in der Klassen- und Buchführung Erfahrung haben. Der Bewerbung muß ein Lebenslauf und ein Bericht über die bisherige Tätigkeit in der Gewerkschaftsbewegung beigefügt werden.

Bewerbungen müssen bis 31. August an **Heinrich Hüttmann, Frankfurt a. M.,** Alleeheilgenstr. 51, 3. Et., eingereicht werden. [M. 5,10] Der Gauvorstand.

### Pforzheim.

Der Zweigverein Pforzheim sucht zum 1. Oktober einen

### Zofalbeamten.

Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Verbandsmitglied und mit der politischen Bewegung vertraut sein. Respektiert wird auf tüchtige Kraft (gelernter Beruf), die mit dem Klassen- und Verwaltungswesen des Verbandes vertraut ist und gute rednerische Fähigkeit besitzt.

Bewerber wollen ihre Gesuche unter Beifügung eines kurzen Lebenslaufes, enthaltend einen Bericht über die bisherige Tätigkeit im Verbands- und einen Auslass über die Aufgaben eines Zofalbeamten, mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis 25. August an **N. Bernhard, Pforzheim, Markt-Platz 5,** einreichen. [M. 5,40] Die Anstellungs-Kommission.

**Walter Haunstein,** Hilfsarbeiter, geboren am 8. Mai 1894 in Lobstädt, wird in seiner Klagesache dringend ersucht, seine Adresse an die Rechtsanwältin **Kow & Dr. Hübler** gelangen zu lassen. [M. 1,50] Der Vorstand des Zweigvereins Leipzig.

**Wilhelm Rasche,** Maurer aus Staßfurt, möge sich sofort bei seinem Bruder **Gustav Rasche, Leopoldshall, Salinenstr. 12,** wegen Familienverhältnisse (Regulierung) melden. [M. 1,50] Der Vorstand des Zweigvereins Staßfurt.

### Sterbetafel.

**Nagel.** Am 17. Juli starb unser langjähriges Mitglied **Franz Pehsel** im Alter von 86 Jahren an Lungenschwindsucht.

**Sab Tölz.** Am 28. Juli starb unser treuer Kollege **Kaspar Pfärdel** im Alter von 55 Jahren an Magenleiden.

**Berlin.** Am 29. Juli verschied infolge eines Unfalles unser Mitglied **Wilhelm Spreewitz** im Alter von 52 Jahren. — Am 4. August starb unser Mitglied **Hermann Klöpfer** im Alter von 62 Jahren. — Am 6. August starb unser Mitglied **Paul Seipelt** im Alter von 54 Jahren an Schlaganfall. — Am 6. August starb unser Mitglied **Karl Wildgans** im Alter von 62 Jahren an Speiseröhrentrebs.

**Bochum.** (Zahlstelle Gerthe.) Am 8. August starb das Mitglied **Paul Gajowski** im Alter von 25 Jahren infolge der Grubentatastrophe auf der Grube „Lothringen“.

**Breslau.** Am 5. August starb unser treuer Kollege **August Scholz** im Alter von 43 Jahren.

**Danzig.** Am 5. August starb unser Kollege **Gustav Hinzten** im Alter von 65 Jahren an Malaria. — Am 7. August starb unser Kollege **Otto Janischewski** im Alter von 88 Jahren an Magenleiden.

**Dresden.** Am 28. Juli starb unser Kollege **Heinr. Endler** aus **Mathmannsdorf** im Alter von 55 Jahren an Nierenleiden. — Am 24. Juli starb unser Kollege **Emil Biemer** aus **Weydorf** im Alter von 44 Jahren an Herzbeutelwassersucht. — Am 28. Juli starb unser Kollege **Wilhelm Kähler** aus **Pfaffenborn** im Alter von 56 Jahren an Magenleiden. — Am gleichen Tage starb unser Kollege **Wilhelm Zschetzsch** aus **Sichtenberg** an Herzschlag. — Am 5. August starb unser Kollege **Gustav Grabs** aus **Beuben** im Alter von 51 Jahren an Grubwasserleiden, Herz- und Nierenkrankheit.

**Leipzig.** (Zahlstelle Homberg.) Am 4. August starb unser Kollege **Herm. Klassen** im Alter von 52 Jahren an Magenleiden.

**Erfurt.** (Zahlstelle Alperstedt.) Am 3. August starb nach längerer Krankheit unser Kollege **Aug. Wiprecht** im Alter von 25 Jahren an Leber- und Nierenleiden.

**Forst i. d. R.** Am 31. Juli starb unser treuer Kollege **August Lampe** im Alter von 45 Jahren an Nierenleiden.

**Frankfurt a. M.** (Zahlstelle Kirdorf.) Am 1. August verschied unser treuer Kollege **Wilhelm Häuser** im Alter von 53 Jahren an Wasserleiden.

**Glauchau.** Am 29. Juli starb unser treuer Kollege **Paul Schnorburg** aus **Notzenbach** im Alter von 58 Jahren an Herzschlag.

**Greiz.** Am 8. August verschied unser treuer Kollege und Mitbegründer unseres Zweigvereins **Albin König** aus **Frchwitz** im 39. Lebensjahre an der Proletariatskrankheit.

**Großenhain.** Am 4. August starb unser Kollege **Richard Haase** aus **Folbern** im Alter von 30 Jahren an der Schwindsucht.

**Söbwa.** Am 5. August starb unser treuer Kollege **Josef Scharmann** im Alter von 44 Jahren an Darmverengung.

**Lufa.** Am 4. August starb unser Kollege und Mitbegründer unseres Zweigvereins **Wilhelm Friedrich** im Alter von 75 Jahren an Malaria.

**Mainz.** (Zahlstelle Mainz.) Am 9. August starb nach längerer Krankheit unser Kollege **Jakob Lusch** im Alter von 53 Jahren an Influenza.

**Remel.** Am 8. August erkrankte beim Baden unser Kollege **Richard Gieses** im Alter von 23 Jahren.

**München.** (Westen-Bavaria.) Am 1. August starb unser Kollege **Franz Ferstl** im Alter von 52 Jahren an Lungenleiden. — (Schwabing-West.) Am 1. August starb unser Kollege **Johann Ziegelmeier** im Alter von 41 Jahren an Lungenleiden. — (Neuhäuser-Nymphenburg.) Am 2. August starb unser Kollege **Georg Spies** im Alter von 58 Jahren an Magenleiden. — (Neuhäuser.) Am 3. August starb unser Kollege **Michael Bögl** im Alter von 50 Jahren an Herz- und Leberleiden. — (Sendlinger.) Am 3. August starb unser Kollege **Josef Körner** im Alter von 32 Jahren an Lungenleiden. — (Rasing.) Am 4. August starb unser Kollege **Franz Moser** im Alter von 37 Jahren an Lungenleiden.

**Nürnberg.** Am 2. August mußte unser braver Kollege **Lorenz Reith** im Alter von 24 Jahren bei der Einsturztafelfolge auf dem Großkraftwerk Franzen unter den Trümmern begraben, sein junges Leben lassen.

**Nendoburg.** Am 6. August starb unser treuer Kollege **Heinrich Surow** im Alter von 29 Jahren an Hirnhöhlenentzündung.

**Saarbrücken.** Am 5. August starb unser Kollege **August Feyahn** im Alter von 37 Jahren an Lungenschwindsucht.

**Spremberg.** Am 28. Juli starb unser Mitglied **August Richter** im Alter von 59 Jahren an Schlaganfall.

**Trenen i. W.** Am 2. August starb unser Kollege **Max Schädlich** im Alter von 39 Jahren.

**Worms.** (Zahlstelle Frankfurt.) Am 5. August wurde unser Kollege **Adam König** im Alter von 24 Jahren von der Bahn überfahren.

Chre. ihrem Andenken!

### Calefeld.

Sonntag, den 25. August (verbunden mit einer Nachfeier am 1. September), feiert der hiesige Zweigverein in aufgebauten Zelten bei Herrn Santhof in Sebergen sein

### Erstes Gewerkschaftsfest.

Wir laden unsere Kollegen und Freunde sowie die umliegenden Zweigvereine, auch der andern Gewerkschaften, zu diesem Feste freundlich ein. Begrüßungsrede: Reichstagsabgeordneter **Karl Reichmann.** Um rege Beteiligung ersucht. [M. 3,90] Das Festkomitee.

### Cuxhaven.

Sonntag, den 1. September, von 8 Uhr abends an, findet in Behnkes-Gesellschaftshaus unser

### Gammervergnügen

statt, wozu alle Mitglieder sowie unsere auswärtigen Kollegen freundlichst eingeladen werden. [M. 2,70] Die Kommission.

### Dresden-Radeburg.

Sonntag, den 25. August, nachmittags 2 Uhr:

### Gewerkschaftsfest

im „Schützenhaus“ zu Radeburg. Alle Mitglieder, auch die der umliegenden Ortschaften, sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 3,90] Die Zahlstellenleitung.

### Freiburg i. Schl.

Sonntag, den 24. August, findet im Gasthof „Zum Buchwald“ unser

### Sommerversnügen

bestehend in Hundwristischen Vorträgen und Tanz, statt, wozu alle Kollegen nebst Angehörigen eingeladen werden. [M. 3] Das Komitee.

### Rastenburg.

Sonntag, den 25. August, feiert unser Zweigverein im Stabliessen „Flora“ sein

### Behntes Stiftungsfest,

bestehend in Gartenkonzert, Kinderbelustigungen aller Art, Preisfischen. Von 9 Uhr an: Tanz. Sämtliche naheliegenden Zweigvereine sowie unsere Mitglieder sind freundlichst eingeladen. Das Komitee.

### Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorstands-, K Kassierer, L Verehrerlist, H Bergeber, RZ Reichsleiterleitung wird angesehen sein.)

**Cottbus.** V Bruno Matthejen, Kaiserstr. 18.

**Forst i. d. R.** V Wilhelm Niedig, Muskauer Straße 50.

### Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

### Versammlungen der Zweigvereine.

Sonntag, den 17. August.

**Dresden.** (Stuttgarter.) Abends 7 Uhr im Volkshaus.

**Langenwetzendorf.** Abends 8 Uhr bei Sporn.

Sonntag, den 18. August.

**Brunsbütteler Hafen.** Nachm. 3 Uhr bei M. Voth.

**München.** Vorm. 10 Uhr im „Maffäfer“, großer Saal, L.-D.: Quartalsabrechnung vom zweiten Quartal. Vortrag über „Genossenschaftswesen“.

**Wiesenburg.** Nachm. 2 Uhr bei Pant.

Dienstag, den 20. August.

**Bergedorf.** Abends 8 1/2 Uhr im Lokal „St. Petersburg“ (F. Walf).

**Striegau.** Abends 8 1/2 Uhr bei Bauer. L.-D.: Abrechnung vom zweiten Quartal. Abrechnung vom Stiftungsfest. Wahl eines Kartelldelegierten. Kartellbericht. Verhändenes.

Donnerstag, den 22. August.

**Berlin.** Abends 8 Uhr öffentliche Versammlung der Parteimitglieder und „Hilfsarbeiter“ in den „Corona-Bräuhäusern“ (früher „Rens“ (Schönau)), Kommandantenstr. 72. L.-D.: Bericht der Schlichtungskommission. Wie feiern wir unsere Bewegung etc?

**Neusalz.** Abends 8 1/2 Uhr bei Ramon.

Sonntag, den 25. August.

**Bayreuth.** Vorm. 9 in der Zentralfabrik.

**Hersbruck.** Nachm. 3 Uhr im „Girichen“. Mitgliederabend mitbringen.

Sonntag, den 1. September.

**Deutsch-Rasselwitz.** Nachm. 3 Uhr unter freiem Himmel, Söhnenprogr.straße. Referent **Helge Scholze-Breslau.**

**Lehnhin.** Nachm. 3 Uhr bei Zäger. Die Versammlung am 26. August fällt aus.

### Zentralrankenkasse der Maurer usw.

**Mittwoch, den 21. August.** Berlin. Abends 8 Uhr im Saal 3 des Gewerkschaftshauses, L.-D.: Kassierbericht vom zweiten Quartal. Wahl der Hilfskassierer. Kassier angelegentlich.